

HUCH #96

BERICHT

**GEDANKEN ZUR
BARRIEREFREIHEIT**

**EXZELLENT
EXKLUSIVITÄT**

**ABWEHR
STATT AUFBRUCH**

GEFÄHRLICHE RÄUME?

**OSTEUROPA
ALS HISTORISCHER
VERFLECHTUNGSRAUM**

**IDENTITÄT
UND GEMEINSCHAFT
IM URBANEN ZANZIBAR**

**DIE ÄSTHETIK
DES MÄUSEBUNKERS**

**OUR SHARE
OF THE WEIRD
AND THE EERIE**

**FÜR DIE REVOLUTION
ZU KÄMPFEN IST LIEBE**

DER BÖSE BLICK

0,00€

INHALT

Seite		Rubrik
3	Editorial	
5	Was macht eigentlich... das LuSt-Referat?	Anstalt
7	Gedanken zur Barrierefreiheit	
9	Exzellente Exklusivität	
13	Abwehr statt Aufbruch	Aufsatz
17	Gefährliche Räume? Polizeiliche Grenzziehungen in der Stadt	
21	Osteuropa als historischer Verflechtungsraum	
23	Identität und Gemeinschaft im urbanen Zanzibar	
25	Die Ästhetik des Mäusebunkers	Abspann
29	Our Share of The Weird and The Eerie	
31	„Für die Revolution zu kämpfen ist Liebe“	
33	Der Böse Blick	
35	Wahrheit & Nachrichten	ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ

Impressum · Weiterlesen · Mitarbeit

EDITORIAL

DIE REDAKTION

Die *HUch – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung* ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die allgegenwärtigen Konflikte in unserer Gesellschaft und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt.

Als Themenschwerpunkt für diese erste Ausgabe im Jahr 2023 haben wir uns das weitläufige, sowohl sehr offene als auch spezifische Thema RÄUME ausgesucht. Aus den verschiedensten Richtungen und Perspektiven nähern sich die Texte diesem thematischen Fluchtpunkt und stellen Bezüge zu hochschulpolitischen und gesellschaftspolitischen Anliegen her.

In unserer hochschulpolitischen Rubrik ‚Anstalt‘ setzen wir uns in einer Einführung zum Thema und anschließend in einem Interview mit Barrierefreiheit auseinander. Außerdem stellt sich diesmal das Referat für Lehre und Studium vor, eines der fünf Kernreferate der verfassten Studierendenschaft.

Unsere Serie ‚Was macht eigentlich...‘ wird in dieser Ausgabe vom Referat für Lehre und Studium weitergeführt, das aus dem Alltag seiner Beratungsangebote berichtet, die Studierende wahrnehmen können. Dabei sollen die Interessen der Studierenden vertreten und ihre Rechte bestmöglich durchgesetzt werden.

Sanni Herrmann umreißt in *Gedanken zu Barrierefreiheit*, wie sich ein Weg von barrierearmer zu tatsächlich barrierefreier Architektur potentiell bestreiten ließe, und welche Aspekte dies mit einschließen sollte.

In ihrem Interview *Exzellente Exklusivität* spricht Tea Medar Collot mit der Studierenden Zora, die uns als Rollstuhlfahrerin von ihrem ersten Semester an der HU berichtet. Dabei sind die zahllosen Barrieren, gegen die sie weiterhin kämpfen muss, längst nicht das einzige Problem.

In der Rubrik ‚Aufsatz‘ analysieren unsere Autor_innen die Raumthematik aus vier verschiedenen Perspektiven: Konkret geht es dabei zunächst um Berliner Wohnraum und -politik, folgend um gefährliche Stadträume und Osteuropa als Verflechtungsraum und abschließend das urbane Zanzibar.

Mit Blick auf die neugewählte Berliner Regierung greift Philipp Möller in *Abwehr statt Aufbruch* das Ende der progressiven Wohnungspolitik von 2016 auf und beschreibt einen Kurs, der auf Kooperation mit Immobilienfirmen abzielt.

Über den Zusammenhang von (post-)kolonialen Regieren und der Etablierung von sogenannten Gefahrengebieten schreibt Simin Jabreh in *Gefährliche Räume? Polizeiliche Grenzziehungen in der Stadt* und setzt dabei einen besonderen Augenmerk auf deren Kontrolle durch Sicherheitsbehörden.

In *Osteuropa als historischer Verflechtungsraum* kritisiert Antonia Skiba die vorbehaltlose Übernahme nationalstaatlicher Blickwinkel auf die Regionalgeschichte des osteuropäischen Raums, durch das sich die Nation einmal mehr als Konstrukt zur Aufrechterhaltung von Herrschaft zeigt.

Identität und Gemeinschaft im urbanen Zanzibar nach der Abschaffung der Sklaverei bespricht Kofi Shakur anhand einer Rezension von Laura Fairs Pastimes & Politics.

Der ‚Abspann‘, das Feuilleton der HUch, dreht sich einmal mehr um Kunst, Kultur und Gesellschaft. Beginnend mit brutalistischer Architektur reichen die Themen weiter über Horror und Theorie, Revolution und Musikindustrie bis hin zu einem Essay über fratzenschneidende Autos.

Über *Die Ästhetik des Mäusebunkers* schreibt Julia Savchenko und setzt sich dabei intensiv mit dem West-Berliner Betonkoloss auseinander: Der brutalistische Bau wirft dabei nicht nur architektonische, sondern auch politische Fragen zum Verhältnis von Architektur und Gesellschaft auf.

Mit Rückgriff auf Mark Fisher und Mariana Enríquez neuesten Roman *Our Share Of Night* nähert sich Ronja Arndt in *Our Share of The Weird and The Eerie* möglichen linken Perspektiven auf das Horror-Genre.

Im Interview spricht Emilia Stemmler mit der Rapperin Nia 2161 darüber, wie Räume in der Musikindustrie für Marginalisierte erkämpft werden können und in welchem Verhältnis die Industrie zur Revolution stehen kann, denn, so Nia 2161: „Für die Revolution zu kämpfen ist Liebe“.

In *Der Böse Blick* beobachtet Moritz Vogt die Entwicklung verschiedener Automobilfahrzeuge hin zu garstigen, Grimassen schneidenden Ungetümen. Humorvoll und wortgewandt ordnet er dabei die Autos als Resultat wie auch als Bestandteil der rasenden Widersprüche ein, die sie prägen.



WAS MACHT EIGENTLICH ... DAS LUST-REFERAT?

ALI & BENNI

Jeden Mittwoch sitzen wir in einem Beratungsraum im Referent_innenrat und hören Studierenden zu, die unsere Sprechstunde zu Lehre und Studium besuchen. Sie haben Probleme mit ihren Dozierenden, bekommen Leistungen nicht angerechnet, erhalten keine Nachteilsausgleiche, die Ihnen eigentlich zustehen, oder stehen davor, Probleme mit ihrem Aufenthaltstitel zu bekommen, weil die Uni ihren Studienabschluss verschleppt.

In manchen Fällen können wir schneller helfen als in anderen, die meisten Probleme hören wir nicht zum ersten Mal. Durchs Studium zu gehen, ohne jemals Auseinandersetzungen mit der Verwaltung oder Dozent_innen zu haben, ist ein unwahrscheinliches Glück. Umso bedenklicher ist, wie begrenzt Student_innen über ihre Rechte im Studium aufgeklärt werden.

5

Um zumindest darüber zu informieren, *wobei* Studierenden geholfen werden kann, berichten wir, die seit November 2022 gewählten Referent_innen für Lehre und Studium, aus unserem Referatsalltag. Das LuSt-Referat ist eins von fünf Kernreferaten, das die laufenden Geschäfte der Verfassten Studierendenschaft im Referent_innenrat übernimmt. Wir beraten Student_innen (der HU) zu allem, was mit Lehre, Prüfungen, Anrechnungen und der allgemeinen Praxis des Studierenden zu tun hat. Darüber hinaus vertreten wir die Interessen der Studierendenschaft gegenüber der Universitätsleitung- und -verwaltung. Dafür sitzen wir unter anderem als studentische Vertreter_innen in der Kommission für Lehre und Studium (LSK) der akademischen Selbstverwaltung. In der LSK landen alle Studien- und Prüfungsordnungen, bevor Sie in Kraft treten, und so ist sie ein guter und wichtiger Rahmen, um studierendenfeindliche Regelungen aufzuzeigen, anzuprangern und (mit etwas Glück) auch zu verhindern. Dazu gehört z.B. eine stetig steigende Prüfungsbelastung, die Reduzierung von Wahlanteilen im Studium und die Festschreibung von Qualifikationen für die Belegung von Modulen, die eine selbstbestimmte Gestaltung und Gliederung des Studiums verhindern.

Um die Interessen der von einzelnen StuPOs (Studien- und Prüfungsordnungen) betroffenen Studierenden möglichst gut vertreten zu können, gehört zu unserer Gremienarbeit auch ein reger Austausch mit den Fachschaften, die oft selbst die Entstehung ihrer StuPOs schon auf der Institutsebene begleitet haben. In letzter Zeit haben wir es auch immer öfter einzelnen Fachschaften zu verdanken, dass Studierende den Weg zu uns in die Beratung finden.

Einmal im Semester kommt zu unserem Tagesgeschäft noch eine (in der Regel) sehr zeitintensive Tätigkeit auf unserer To-Do Liste dazu: Die Einklageberatung. Wir beraten nämlich nicht nur HU-Studis, sondern auch diejenigen, die es noch werden wollen. Zum vergangenen Wintersemester konnten wir mit Unterstützung von unserer anwaltlichen Beratung (und Vertretung)

nahezu allen Studierenden, die bereit waren, für ihren Studienplatz den gerichtlichen Weg zu gehen, eine Immatrikulation erkämpfen. Dass dieses aufwändige und vor allem für die Studienbewerber_innen sehr kostenintensive Verfahren weiter nötig bleibt, ist ein Skandal, gegen den wir auch hochschulpolitisch ankämpfen. Aber solange ein Studienplatz an der HU weiterhin für 1.500€ käuflich bleibt, wird auch unsere Einklageberatung dieses Jahr wieder anlaufen.

Gelegentlich stoßen wir in unserer beratenden Tätigkeit an die Grenzen unserer Handlungsmöglichkeiten, wenn eine rechtswidrige Verwaltungspraxis an der Uni so eingefleischt ist, dass sie sich durch den bloßen Hinweis darauf nicht ändern lässt. In solchen Fällen, in denen grundlegende Fragen eines selbstbestimmten Studiums exemplarisch verhandelt werden, unterstützen wir Studierende dabei, ihre Rechte vor Gericht durchzusetzen. Sogenannte Musterklageverfahren ermöglichen es, verwaltungsrechtlich einen Sachverhalt einmal zu klären und dieses Urteil dann auch für andere, von demselben Problem Betroffene, nutzbar zu machen. Auf diesem Weg haben wir zusammen mit unserer anwaltlichen Vertretung schon einige Rechtsfragen zugunsten der Student_innen klären können.

In der Vergangenheit hat das Referat für Lehre und Studium erfolgreich die Abschaffung von Anwesenheitskontrollen in Lehrveranstaltungen, sowie die Einführung eines weiteren Prüfungsversuchs erkämpft. Beides sind Errungenschaften, die wir zusammen mit betroffenen Studierenden immer wieder gegen uneinsichtige Dozent_innen und Prüfungsbüros durchsetzen. Im Rahmen der Neufassung des Berliner Hochschulgesetzes konnten wir viele Verbesserungen einbringen und im Zuge der Pandemie viele kurzfristige Entlastungen für Studierende erstreiten, die mit dem Ende jeglicher Pandemiemaßnahmen leider wieder zurückgenommen wurden. Und das, obwohl die finanzielle und soziale Lage für viele Student_innen seit den (intensiven) Coronajahren nicht entspannter geworden ist.

Leider erfahren Student_innen oft erst von unserer Beratung, wenn es in ihren Fällen schon fast zu spät ist. Wenn ihr also Kommiliton_innen kennt, die Hilfe benötigen oder selbst Unterstützung braucht, wendet euch an uns! Wir helfen gerne, je früher desto besser.

Wir sind erreichbar unter lust@refrat.hu-berlin.de auf Twitter unter [@LuSt_Referat](#) und in unseren Sprechzeiten, die ihr auf der Webseite des RefRats findet.



GEDANKEN ZUR BARRIEREFREIHEIT

**SANNI
HERRMANN**

Der Weg zur Barrierefreiheit in unserer Gesellschaft ist noch weit: Das zeigt ein Blick auf Barrieren im Bildungssystem und die Versuche der Umsetzung von Barrierefreiheit an der Humboldt Universität.

Die ersten Assoziationen zu Räumen sind bei den Meisten wahrscheinlich Zimmer in Häusern. Ein Großteil des akademischen Alltags spielt sich in Räumen wie Seminar- oder Büroräumen ab. Aber nicht alle diese Räume sind für alle Menschen gleichermaßen zugänglich. Die gesellschaftliche Teilhabe ist begrenzt und nur denen garantiert, die es schaffen, in bestimmte Räume reinkommen. Das Reinkommen in Räume wird also oft durch gesellschaftliche Barrieren verhindert, unabhängig davon, ob es das In-den-Club-Reinkommen oder das In-die-Uni-Reinkommen ist.

Der gesellschaftliche körperliche Standard, der sich an Menschen ohne Behinderungen orientiert, erschwert so vielen den Zugang zum Klassenraum, Seminarraum, Verwaltungsraum und zahllosen weiteren Räumen. Dabei geht es zunächst rein um die bauliche Barrierefreiheit. Die meisten Gebäude haben keinen Aufzug, kein Blindenleitsystem, keine ebenerdigen Schwellen, keine für alle verständliche oder lesbare Raumbeschilderung und keinen Platz, um mit einem E-Rollstuhl zu wenden.

Die gesetzlichen Vorschriften dazu sind auch eher dürftig, denn es geht häufig nur um barrierearmes anstatt um barrierefreies Bauen. Aber zumindest gibt es DIN-Standards, an denen sich Barrierefreiheit misst. Die Deutsche Industrienorm 18040 regelt die bauliche Barrierefreiheit und bezieht dabei tatsächlich auch viele verschiedene Behinderungen mit ein. Sie plädiert beispielsweise für das sogenannte Zwei-Sinne-Prinzip¹ – das jedoch von Architekt_innen aus ästhetischen Gründen gerne vernachlässigt oder wegen vorgeschobenem Denkmalschutz häufig fallengelassen wird.

DIE AMBIVALENZ DER BARRIEREFREIHEIT

Barrierefreiheit ist insgesamt ein vielschichtiges und kein widerspruchsfreies Konzept. Während die meisten Menschen bei dem Begriff wohl an sichtbare Behinderungen und Rollstühle denken, steht weitaus mehr dahinter: viele Behinderungen sind unsichtbar. Und das Schaffen von Barrierefreiheit kann Widersprüche hervorbringen. Beispielsweise sind hohe Kontraste bei Bodenfarben zwischen verschiedenen Stationen im Krankenhaus oder Ansagen an automatischen Türen, die für Menschen mit Sehbehinderung eingerichtet werden, für Autist_innen oder Menschen mit Konzentrationsschwäche oft ablenkend. Inklusion ist

ein Prozess, der einerseits viele Veränderungen fordert, und andererseits mit Kompromissen einhergeht, ganz nach dem Motto: „Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.“ Viele Schritte hin zu Barrierefreiheit sind außerdem nicht nur für Menschen mit einer anerkannten Behinderung hilfreich, sondern auch für andere Personengruppen hilfreich: zum Beispiel ältere Menschen oder Personen, die mit Kinderwagen unterwegs sind.

Barrierefreiheit erschließt Zugänge zu Räumen: Wenn man sich jedoch an der Universität umschaute, sind wenige Räume für alle gut zugänglich. Daraus resultiert langfristig auch ein reduzierter und schlechterer Zugang zu Bildung. Schaut man sich an den Instituten oder dem Hauptgebäude in der HU um, muss man sich fragen: Wie oft sind die Aufzüge kaputt? Wie viele Treppen gibt es? Wie gut oder schlecht sind die Räume ausgeschildert? Gibt es Untertitel für Online-Vorlesungen und gibt es Dolmetscher_innen für Präsenzveranstaltungen? Funktionieren die Türöffner? Glaubt ihr, wenn ihr ein gebrochenes Bein habt, kommt ihr überall ohne Probleme hin?² Oder sind euch schon einmal die taktilen Bodenindikatoren in der Mensa Süd aufgefallen? Dieses Bodenleitsystem für Blinde und Sehbeeinträchtigte ist grundsätzlich ein guter Anfang, um Barrieren abzubauen, aber die Bodenindikatoren sind bestimmt zu einem Drittel beschädigt. Es fehlen Noppen, es fehlen Leisten, es fehlen Aufmerksamkeitsfelder.

Auch der Zugang zur Mensa hat etwas mit dem Zugang zu wissenschaftlicher Bildung zu tun, denn ein wichtiger Aspekt des Studiums sind soziale Kontakte, was bedeutet, dass eine bauliche Barriere zu einer sozialen werden kann. Insbesondere zu Stoßzeiten ist es als Mensch mit allen körperlichen Fähigkeiten schon schwer, sich durch die Mensa zu bewegen und sich gegenseitig zu verstehen. Doch das ist in der Debatte rund um Barrierefreiheit eigentlich nur ein Tropfen Wasser auf dem heißen Stein. Andere Nicht-Zugänge sind noch viel weitreichender als der Zugang zur Mensa. Der Zugang zu einem akademischen Bildungsweg steht sowieso nicht allen offen, insbesondere für Menschen mit Behinderung ist dieser Zugang erschwert. Als Mensch mit Behinderung ist man auf Förderung angewiesen und um ehrlich zu sein, auch auf viele tolle engagierte Fachkräfte, die an die Überwindung von Hürden im System glauben.

Behinderungen, insbesondere sichtbare, gehen mit starker Stigmatisierung einher. Die Stigmata rund um Behinderung sind eine Last auf dem Weg zur Hochschulbildung. Auch ‚positive‘ Vorurteile wie das der Hochbegabung, welches Menschen auf dem Autismus-Spektrum oft angehängt wird, ist definitiv kein Garant für eine bessere Bildung bzw. besseren Zugang zu Bildungsräumen. Denn gerade im Fall von Autismus wird häufig von einer sogenannten Inselbegabung und einer sozialen Inkompatibilität ausgegangen, sodass ein verzerrtes Bild von fleißigen, wissbegierigen Lernenden geschaffen wird – andere relevante Fähigkeiten aber abgesprochen werden. In der Realität ist also für viele Menschen mit Behinderung der Bildungsweg voller Hürden

Schon vor dem Kindergarten gibt es für Menschen mit Behinderung extra Förderungen, damit sie solange es geht mit den anderen Kindern ‚mithalten‘ können. Spätestens mit dem Übertritt ins Schulalter geht es für die meisten dann in die Förderschule, also einen abgegrenzten Raum.

Inklusive Schulkonzepte sind weiterhin in der Minderheit, trotz der UN-Behindertenrechtskonvention, die sich aktiv gegen das Förderschulsystem in Deutschland ausspricht. Von der Förderschule geht es weiterhin für viele Betroffene in Richtung Werkstatt, unterstützte Beschäftigung oder in andere lustige, segregierende und ausbeutende Systeme. Der Weg über das Gymnasium und hin zur Hochschule ist eher die Ausnahme. 17,1% der 25–45-Jährigen mit anerkannter Schwerbehinderung haben Abitur, dagegen stehen 37,7% der Nicht-Behinderten.³

WAS TUN?

Wie genau können die physischen Zugänge und Bildungschancen verbessert werden? Ein wundersames all-in-one-Lösungspaket gibt es wie immer natürlich nicht, insbesondere nicht in der kapitalistisch-segregierenden Gesellschaft. Aber es gibt einige Ansätze, um dem allem entgegenzuwirken. Inklusive Schulpraktiken werden im Index für Inklusion in der deutschen Fassung von Ines Boban und Andreas Hinz festgehalten⁴. Der Index ist ein Werkzeug für Schulen, um eine inklusive Schulkultur zu entwickeln. Jede Schule kann mit dem Index prüfen, an welchen Stellen sie Verbesserungsbedarf hat und entsprechende Schritte einleiten. Auch für Hochschulen gibt es verschiedene Ansätze, um neben der baulichen Barrierefreiheit auch die Werte und Kultur der Uni inklusiver zu gestalten. Einen Überblick zur aktuellen Situation gibt eine Studie des sächsischen Staatsministeriums⁵: sie untersucht die Barrierefreiheit der sächsischen Hochschulen, sowohl baulich als auch beispielsweise kommunikativ. Es werden best-practice Beispiele gesammelt, an denen sich die Hochschulen untereinander orientieren können und es gibt einen Gesprächsleitfaden, um auf inklusive Praktiken an der Hochschule aufmerksam zu machen.

Eine weitere Möglichkeit, um Barrierefreiheit zu erlangen, ist der Weg des sogenannten Universal Designs. Dabei ist der Anspruch, alles so zu gestalten, dass auch alle es nutzen können. Baulich betrachtet gäbe es also statt Treppe und Rampe entweder nur eine Rampe oder einen ebenerdigen Eingang mit automatischer Tür. Des Weiteren geht es um intuitive und flexible Nutzung: Apple hat beispielsweise mit dem iPhone ein Gerät auf den Markt gebracht, welches möglichst intuitiv und flexibel sein sollte und damit fast schon ‚aus Versehen‘ ein sehr zugängliches Gerät und Betriebssystem erschaffen. Im Universal Design werden aber nicht nur konkrete Produkte angesprochen, sondern auch Konzepte. In der Schule könnten Lehrkräfte Aufgaben für Schüler_innen so gestalten, dass diese für die ganze Klasse optimal zugänglich sind. Man könnte Aufgaben in Einzel-, Paar-, oder Gruppenarbeit bearbeiten, sodass jede_r das für sich passende Format wählen kann. Die Aufgabe könnte verschiedene Schwierigkeitsstufen haben, sodass alle optimal gefördert und gefördert werden. Außerdem könnte es einerseits Unterstützung in Form von Lehrvideos oder Texten oder durch die Lehrkraft selbst geben.

Ein letzter wirklich wichtiger Punkt ist die Partizipation von Schüler_innen bzw. Studierenden an der Gestaltung von Unterricht als Weg zu inklusiver Bildungspraxis nennen. Denn nur wer mitbestimmen kann, fühlt sich ernst genommen. Und wer mitbestimmt, trägt selbst Verantwortung. Insbesondere in der Schule erlernt man, wie Gesellschaftsstrukturen funktionieren und man sollte dabei in Zukunft auch lernen, dass die eigene Stimme eine Auswirkung hat – sei es bei der Lektüreauswahl oder beim Aufzeigen von Diskriminierung. Fehlende Mitbestimmung mündet in Unzufriedenheit. Diese Unzufriedenheit können wir unter anderen auf deutschen und französischen Straßen in Form von Streiks beobachten und es könnte nur eine Frage der Zeit sein, bis die Behindertenbewegung erneut ein ähnliches hohes Maß an Unzufriedenheit artikuliert (wie in der Krüppelbewegung in den 80er Jahren⁶).

- 1 Nach diesem Prinzip werden mindestens zwei der drei Sinne Hören, Sehen und Tasten bedient. Alarmsysteme müssen beispielsweise sichtbar und hörbar sein.
- 2 Zum Vergleich hier aktuelle Infos der Uni: www.rehadat-statistik.de/statistiken/bildung/schule/schulabschluss-von-menschen-mit-behinderung/
- 3 www.rehadat-statistik.de/statistiken/bildung/schule/schulabschluss-von-menschen-mit-behinderung/#:~:text=Abitur%20hatten%2017%2C1%20%25%20der,4%20%25%20hatten%20Abitur%20oder%20Fachhochschulreife
- 4 Boban, Ines (Hrsg.); Hinz, Andreas (Hrsg.). *Index für Inklusion. Lernen und Teilhabe in der Schule der Vielfalt entwickeln*. Halle-Wittenberg: Martin-Luther-Universität, 2003
- 5 Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst: *Auf dem Weg zur inklusiven Hochschule*, Dresden, 2017.
- 6 www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/284894/50-behindertenbewegte-jahre-in-deutschland/

EXZELLENT EXKLUSIVITÄT

TEA
MEDAR COLLOT

„Alle, die mir helfen wollen, sind verzweifelt“, so beschreibt Zora ihre bisherigen Bemühungen, an der HU für Barrierefreiheit zu sorgen. Im Interview erzählt sie von fehlenden Verantwortlichkeiten, dem andauernden Kampf um Teilhabe, Kostenfragen und dem allzu gerne zitierten Denkmalschutz.

Aufgrund ihrer zentralen Lage und ihres hohen Ansehens könnte die Humboldt-Universität den Eindruck erwecken, um Zugänglichkeit besonders bemüht zu sein. Im Gespräch mit der HUCh liefert die 24-jährige Zora jedoch eine ganz andere Einschätzung. Die Studentin sitzt aufgrund einer neuromuskulären Autoimmunerkrankung seit Anfang 2021 im Rollstuhl und zieht nach ihrem ersten Semester an der Universität eine eher bescheidene Zwischenbilanz.

H: Zora, du studierst seit dem WiSe 22/23 Sozialwissenschaften an der HU – weshalb hast du dich für dieses Studienfach und warum gerade für die Humboldt-Universität entschieden?

Z: Ein großes Interesse an politischen Themen hatte ich schon immer. Nachdem ich mich bei der Schwerbehindertenbeauftragten der HU beraten ließ, war mir schnell klar, dass es genau dieses Studium für mich sein soll. Und ich merke auch, dass ich gut darin bin. Mein alter Arbeitsplatz, das Krankenhaus, ist ein Ort, an dem verschiedenste Menschen mit verschiedenen Hintergründen, verschiedener ökonomischer Schichten, verschiedenen Alters zusammenreffen. Mir gefiel die Vorstellung, dass ich meinen alten Beruf als Kinderpflegerin nicht ‚wegwerfe‘, wenn ich ihn schon aufgrund meiner Krankheit nicht mehr ausüben kann, sondern die Dinge, die ich dort erlebt habe, aus soziologischer Perspektive begreifen lerne. Für die HU habe ich mich entschieden, weil ich sehr zentral wohne und zwei Mal die Woche ins Krankenhaus fahren muss. Kurze Wege sind dabei extrem wichtig – aktuell könnte ich sogar von Zuhause aus im Rollstuhl zur HU gelangen. So schaffe ich es alleine immer zur Uni, wenn ich muss, manchmal direkt vom Krankenhaus aus. Zudem studieren viele meiner Freund_innen hier, und da ich mit meiner Krankheit bereits genug am Hals habe, konnte ich die Hilfe bei der Einführung in zahlreiche Systeme wie Agnes und Moodle gut gebrauchen.

H: Dein Wunsch ist unter anderem, die Arbeit, die du vorher gemacht hast, auf einer soziologisch-theoretischen Ebene zu begreifen. Inwiefern ist das deiner Wahrnehmung nach an der HU realisierbar?

Z: Das ist das, was ich besonders tragisch finde: Die Studieninhalte machen mir viel Spaß und insgesamt entspricht alles meinen Erwartungen. Meine Dozent_innen sind zu 100% zufrieden

mit meinen Leistungen und ermutigen mich auch alle, auf keinen Fall aufzugeben. Sie sagen, dass ich in dieses Studium gehöre. Darum ist es umso trauriger, wenn es mir als Frau im Rollstuhl einfach an räumlichen Zugang zum Studium mangelt, weil die Uni nicht ausreichend barrierefrei ist.

H: Am 11.06.2010 stellte der RefRat einen Antrag beim Studierendenparlament vor, der u.a. die „nachhaltige Vorsorge [...] für die demokratische Teilhabe aller Studierender, und somit auch Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Krankheiten an Lehre und Studium“ forderte.^{1,2} Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.³ Wie siehst du diesen Beschluss in der Realität umgesetzt und wo finden sich noch konkrete Barrieren, mit denen du dich im Uni-Alltag auseinandersetzen musst?

Z: Ich merke in meinem Alltag eigentlich überhaupt nichts davon: Ich komme bis heute kaum in meine Gebäude rein. Am Eingang des SoWi-Instituts ist beispielsweise eine Rampe angebracht worden, über die ich aber alleine kaum gelange, weil sie zu steil ist. Ich komme alleine auch nicht in die DOR26, weil überall kleine Schwellen sind – auch an barrierefreien Eingängen. Alle Türöffner befinden sich so nah am Eingang, dass sich die Türen in der Zeit, in der der Knopf im Rollstuhl gedrückt werden kann, schon wieder verschließen. Der Hof der zwar prinzipiell barrierefreien INV42 ist voll Bauarbeiten: Dort gibt es Lücken, in denen ich hängenbleibe. Wenn die Gebäude dann einmal zugänglich sind, befinden sich in den Hörsälen und Seminarräumen keine richtigen Tische. Ich sitze dort ganz vorne, komplett alleine, irgendwo an der Seite. Viele Professor_innen sind bemüht und kümmern sich zwar darum, dass es einen Tisch gibt, an dem ich sitzen kann. Aber eigentlich müssten diese Tische, die es für Behinderte bereits geben sollte, auch höhenverstellbar sein. Es gibt nämlich keine normierte Rollstuhlgröße. Ich finde es wahnsinnig beschämend, da vorne zu sitzen und auf meinem Schoß mitschreiben zu müssen, nur weil die Infrastruktur das nicht vorsieht. Und ich könnte diese Liste noch sehr lange weiterführen: Zum Beispiel bei der Mensa Süd, bei der wie bei so vielen anderen Gebäuden die Flügeltüren nicht alleine aufgehen.

H: In der Öffentlichkeit dürfen Rampen eine Steigung von sechs Prozent ja gar nicht übersteigen. Kannst du ungefähr einschätzen, wie steil diese Rampe am SoWi-Institut ist?

Z: Sechs Prozent sind ziemlich gering, diese Rampe ist um einige steiler. Sie wurde kurzfristig über eine fünf Zentimeter hohe Türschwelle angebracht, um mir zu helfen. Natürlich ist so eine Lösung alles andere als ideal. Und es sagt bereits eine Menge aus, dass das vorher niemandem auffiel.

Da diese neue Rampe so steil ist, ist der Übergang zum Bordstein sehr abrupt. Alle, die schon einmal ein Fahrrad geschoben haben, wissen, dass bei einer Steile so ein Rad schnell

hängenbleibt. Zudem liegt der Türkopf am höchsten Punkt der Steigung: Wenn man die Rampe hochfährt und auf den Knopf drückt, dann rollt man, während die Türen sich öffnen, rückwärts wieder herunter. Dabei ist es mir schon passiert, dass sich mein elektrischer Rollstuhl auf die Hinterräder stellen musste, um mich vor Schlimmerem zu bewahren. Ich besitze diese Rückfallstütze – Menschen mit mechanischem Rollstuhl tun das nicht. Und weil diese Rollstuhlfahrer_innen mit eigenem Antrieb und dadurch mit mehr Schwung fahren, könnten sie sehr einfach stürzen und gegebenenfalls auf ihrem Schädel landen. Selbst mit meinem elektrischen Rollstuhl bin ich schon mehrfach dort hängengeblieben.

Zudem hört es am SoWi-Institut nicht auf: Wenn ich beim Vorwärtsrollen über die Schwellen an der DOR26 einmal mit ein bisschen mehr Tempo gehabt hätte, wäre ich vornüber aus meinem Rollstuhl gefallen. Genauso in der UL6: Würde ich da mit etwas mehr Schwung auf die kleine Stufe vor einem Hörsaal fahren – so schnell, wie Leute üblicherweise gehen, um die fünf km/h – würde das genauso bedeuten, vorne herauszufallen. Das sind alles erhebliche Sicherheitsrisiken.

H: Fällt dir dennoch ein Ort an der HU ein, der für dich einigermaßen zugänglich ist?

Z: Zumindest das Grimm-Zentrum funktioniert ganz gut, obwohl es auch dort Barrieren gibt. Aber diese sind immerhin so gestaltet, dass ich einigermaßen am Betrieb teilnehmen kann. Dafür sind die Gänge im Gebäude sehr eng, sodass ich auch mit meinem sehr schmalen Rollstuhl kaum entlang passe. Dabei habe ich ja sogar den Rollstuhl gewechselt, um es der Uni leichter zu machen.

H: Spannenderweise erschien vor 13 Jahren ein Artikel im Tagesspiegel, der die mangelnde Barrierefreiheit am Grimm-Zentrum kritisierte.⁴ Damals verstießen sowohl die HU als auch der Senat wegen mangelhafter Prüfung der Baupläne gegen die Berliner Bauordnung, welche die DIN-Normen für Barrierefreies Bauen vorgibt. Nach Protesten der Studierenden hat sich in der Zwischenzeit wohl einiges getan. Warum mussten die Studierende erst protestieren, damit im Grimm-Zentrum etwas passiert?

Z: Wenn erst bei öffentlichem Druck über Barrierefreiheit nachgedacht wird, entsteht bei mir der Eindruck, dass der Humboldt-Universität der eigene Ruf wichtiger ist als die Studierenden. Mir wird das Gefühl vermittelt, eine Last zu sein. Im Sinne von: Da muss man sich jetzt halt mit beschäftigen, und man weiß eigentlich auch, dass etwas schief läuft – aber es wäre praktischer, wenn ich dann in zwei Semestern einfach ein Fernstudium mache. Dann müsste man sich jetzt auch nicht so sehr bemühen. Ich habe das Gefühl, permanent gegen ein System kämpfen zu müssen, das mich eigentlich gar nicht teilhaben lassen möchte. Der Weg über die Öffentlichkeit oder über Proteste ist noch zusätzlich kräftezehrend. Ich muss an der Uni auch so schon sehr viele verschiedene Stellen aufsuchen und leiste so viel unentgeltliche Arbeit, um hier überhaupt studieren zu können. Dabei muss ich auch alle für mich relevanten Barrieren im Blick behalten, indem ich z.B. in den Semesterferien alle Räume aufsuche, die für mich im kommenden Semester wichtig sind. Ich fühle mich durch meine Tätigkeit immer mehr, als wäre ich die Schwerbehindertenbeauftragte für Rollstuhlfahrer_innen an der HU, und nicht wie eine Studentin. Das ist aber definitiv nicht mein Job.

H: Inwiefern geht das zusammen, dass die HU sich nach außen so inklusiv gibt und dir nach innen so viel Arbeit aufhalst?

Z: Inklusion ist Arbeit – und ich habe das Gefühl, dass es nicht unbedingt die Bereitschaft gibt, diese Arbeit zu leisten.

Obwohl ich mir bei der HU auch denke, dass sie sich nach außen total inklusiv gibt, und sich politisch positioniert, wie z.B. zum Ukrainekrieg. Dann erwarte ich aber, dass sie sich das ‚Politische‘ nicht nur auf die Fahne schreibt, sondern auch umsetzt. Und dass die Uni in der Hinsicht nicht einfach wie ein Unternehmen geführt wird – mit Inklusivität als Marketingstrategie.

H: Wie ist, im Vergleich dazu, deine Beziehung zu Kommiliton_innen, Dozent_innen und Mitarbeitenden an der Universität?

Z: Die Menschen am Institut und an der Uni sind größtenteils sehr solidarisch. Ich kann mich darauf verlassen, dass sie mich im Alltag unterstützen und mir beispielsweise helfen, die Eingänge zu benutzen. Die Bereitschaft ist da. Aber die ist vor allem da, weil jede_r sieht, dass die Uni nicht barrierefrei ist.

Unangenehm finde ich hingegen zu merken, dass ich für viele anscheinend die erste Person mit einer sichtbaren Behinderung bin, mit der sie interagieren. Und ich frage mich, wie das sein kann, dass mir ständig gesagt wird: „Sie sind Pionierin hier!“, da ich wohl die Erste am SoWi-Institut bin, die dort mit Rollstuhl studiert. Es scheinen viele keine richtige Vorstellung von Behinderungen haben. Die denken dann einfach, ich sei querschnittsgelähmt, als gäbe es keine anderen Behinderungen. Trotz allem bin ich für die überwiegende Solidarität natürlich total dankbar. So hätten wir beispielsweise auch ohne das Engagement meines Studienberaters nicht durchgesetzt, dass ich einen Nachteilsausgleich für das ganze Studium bekomme.

H: In der Beratung für Lehre und Studium des RefRats häufen sich immer wieder Fälle, in denen Nachteilsausgleiche aufgrund von Kleinigkeiten nicht anerkannt werden und Studierende sogar dagegen vorgehen müssen. Dass dein Studienberater sich da so durchsetzen konnte, klingt nach einem riesigen Kraftakt. Wie funktioniert das sonst mit dem Nachteilsausgleich?

Z: Man muss für jede einzelne Prüfung ein neues Attest einreichen – da ist der Grad der Behinderung komplett egal, der bei mir 80 beträgt.⁵ Mein Arzt könnte denen immer das Gleiche schicken, daran ändert sich nichts. Mit dem Nachteilsausgleich bekomme ich längere Prüfungszeiten, dazu muss ich ihn normalerweise mindestens sechs Wochen vorher beim Prüfungsbüro beantragen. Aber offenbar ist so etwas wie meine Situation mit unheilbarer, chronischer Krankheit überhaupt nicht vorgesehen. Es ist so absurd, weil ich offensichtlich schwer behindert bin, von Sprache über Muskelkraft bis zum Schreiben. Und dass es für mich schwierig war, einen dauerhaften Nachteilsausgleich zu bekommen, finde ich erschreckend. Man hat das Gefühl, unterstellt zu bekommen, einen ungerechtfertigten Vorteil für sich einzuziehen zu wollen. Dabei geht es doch nur um gleiche Teilhabe. Dazu weiß ich gar nicht, wie viele Leute diesen Attest in die Hände kriegen, wenn ich jedes Mal einen Neuen einreiche.

H: Wie würdest du sagen wirken sich diese ganzen Barrieren, vom Nachteilsausgleich bis zu den Gebäuden, auf deine akademische Leistung aus?

Z: Bisher habe ich es geschafft, meine Leistungen nicht zu stark darunter leiden zu lassen. Das hat allerdings seinen Preis: meine Freizeit und mein Wohlbefinden bis hin zu meiner Gesundheit. An der Uni leidet all das darunter, obwohl ich mich beispielsweise in meinem Zuhause überhaupt nicht behindert fühle. Meine Wohnung ist barrierefrei und ich brauche weder Assistenz- noch Pflegekraft. Auch in meiner Freizeit merke ich meine Behinderung selten. Aber an der Uni... Hier fühle ich mich wahnsinnig behindert und automatisch kränker. Das hat einen starken Einfluss auf mich, wie stark ich mir hier meiner Behinderung bewusst bin.

H: Was macht dein Engagement im Kampf gegen die Barrieren mit deiner Gesundheit?

Z: Mit meinen Erkrankungen ist es so, dass ich mich viel ausruhen muss, weil meine Muskeln nur begrenzt versorgt werden. Nach meiner Infusionstherapie, die einmal die Woche stattfindet, brauche ich eigentlich Ruhe, da ich durch Immunsuppressiva täglich eine Art Mini-Chemotherapie zu mir nehme. In der Vergangenheit war es trotzdem oft so, dass ich am Tag nach der Therapie wieder an die Uni gefahren bin, um Gespräche über Barrierefreiheit zu führen. Bei Autoimmunerkrankungen sollte man Stress eigentlich vermeiden, da dieser Schübe auslösen kann. Alles, was ich hier für eine gleiche Teilhabe am Studium tun muss, geht also zu Lasten meiner Gesundheit.

H: Das heißt, was die Universität nicht hinbekommt, darfst du mit deiner Gesundheit ausbaden?

Z: Leider, ja. Aufgrund der kurzen Wegzeiten und der flexiblen Gestaltung meines Stundenplans hatte ich die Hoffnung, es würde einfacher. Dabei habe ich die Arbeit, die ich hier verrichten muss, nicht eingeplant. Meine Gesundheit leidet nicht unter dem Studium selbst, sondern unter dem Umgang mit Barrieren und den Terminen, die ich einplanen muss, um gegen diese zu kämpfen. Zudem bin ich bei solchen Terminen immer auf andere Menschen angewiesen. Zwar bin ich dankbar für alle, die mich unterstützen, aber ich wäre gerne einfach unabhängig. Irgendwann nervt es auch, immer „Bitte“ und „Danke“ zu sagen.

H: Vorhin sprachst du an, dass sich die Uni dieses Problems und der Barrieren eigentlich bewusst sein sollte. Woran scheitert es, diese zu bekämpfen?

Z: Einmal daran, dass es so ein kleinstaatliches System gibt: Wenn ich eine Barriere entdecke, dann ist das von Institut zu Institut komplett unterschiedlich, wer eigentlich verantwortlich ist und wo ich mich hinwenden soll. Bei den Mensen ist das sogar das Studierendenwerk, das nicht einmal zur Uni gehört. Hier wäre eine Abteilung notwendig, die für Barrierefreiheit an der Uni zuständig ist, damit das dann baulich geprüft und sich darum gekümmert wird. Aber so eine zentralisierte Struktur fehlt völlig. Die einzelnen Anfragen an zahllose Institute gehen häufig im E-Mail-Andrang unter und dann verschwindet man einfach. So fühlt sich auch niemand wirklich verantwortlich. Wenn jemand aber Präsident_in einer Universität ist, dann trägt die Person eigentlich auch Verantwortung für den Laden und kann nicht immer alles auf die Dekanate der Institute abschieben, die zwar auf den Geldtöpfen sitzen, aber für die Struktur auch nichts können. Die Präsidentin wird gewählt, Verantwortung dafür zu übernehmen, was an der Uni passiert. Und damit auch dafür, wenn gewisse Dinge fehlen.

H: Du meinstest, du wirst am SoWi-Institut von Professor_innen oft als ‚Pionierin‘ bezeichnet. 2010 sagte Katrin Kienel, ehemals aktiv in der studentischen Sozialberatung, im Tagesspiegel: „Hier werden Menschen mit Behinderung immer noch als zu duldende Sonderfälle betrachtet.“⁶ Wie würdest du diese Aussage für die heutige Situation an der HU einordnen?

Z: Im Bezug auf meine Erfahrungen mit der Universität hat sich da kaum etwas geändert. Ich fühle mich immer als Sonderling und Präzedenzfall. Und wenn ich mich mal nicht als Störfaktor empfinde, dann wird es eben merkwürdig positiv aufgeladen. Diese Abnormalität, die einem zugeschrieben wird, ist omnipräsent. In meiner Orientierungswoche fand auf dem Hof ein Frühstück statt und ich konnte als einzige_r Student_in nicht teilnehmen, weil ich diesen nicht berollen konnte. Da saß ich dann im Rollstuhl davor und andere Studierende haben mir etwas herausgebracht. Dazu kommen dann alle Situationen, in denen

man eigentlich erst einmal zur Ruhe kommen muss im Angesicht von struktureller Diskriminierung. Zum Beispiel kann man oft die Vorlesungen anfangs gar nicht richtig verfolgen, weil man vorher mit dem Rollstuhl irgendwo hängengeblieben ist und sich so gedemütigt fühlt.

H: Der RefRat bietet ja auch eine Enthinderungsberatung an: Bist du dort mit der beratenden Person in Kontakt getreten und wenn ja, wie wurdest du unterstützt?

Z: Die beratende Person war extrem hilfsbereit, hat aber auch klar gesagt, dass sie selbst nichts veranlassen und keinen Umbau initiieren kann. Es scheitert an der Uni. Die Person konnte mir dennoch moralische Unterstützung anbieten, da sie auch im Rollstuhl sitzt, und meinte, dass es besonders wichtig ist, dass Menschen wie sie und ich an der Uni bleiben, um diese Strukturen zu füllen. Gerade, wenn ich frustriert bin, wende ich mich an sie, weil sie das als Betroffene natürlich ganz anders nachvollziehen kann. Es ist so schade, dass die Menschen, die genau wissen, wie es ist, schwerbehindert zu sein – dazu gehört auch die Schwerbehindertenbeauftragte – keine Kompetenzen zugesprochen bekommen. Diejenigen, die diese eigentlich hätten, kriegen keine Möglichkeit, etwas zu verändern. Deswegen möchte ich nochmal ganz deutlich hervorheben, dass weder die Schwerbehindertenbeauftragte der Uni noch andere Angestellten das Problem sind. Das Problem ist ein strukturelles. Alle Menschen, die mir helfen wollen, sind verzweifelt und genauso wütend und frustriert wie ich. Dazu ist es ein Witz, dass es nur *eine einzige* Schwerbehindertenbeauftragte an der ganzen Uni gibt – für 40.000 Studierende. Da wird von oben auch gar nicht differenziert, wie heterogen Behinderungen sind, oder dass z.B. neurodivergente Personen ganz andere Sachen benötigen als ich. Das zeichnet ein falsches Bild der Gesellschaft und den multiplen Formen von Behinderung. Gerade in Hinblick auf die deutsche Geschichte finde ich es um so wichtiger, dass die staatlichen Institutionen sich besonders in der Verantwortung sehen, Inklusionsprozesse umzusetzen. Ich habe nicht das Gefühl, dass das der Fall ist.

H: Warum sollte die Uni kein Interesse daran haben, das zu ändern und für mehr Diversität zu sorgen?

Z: Vielleicht ergibt sich für sie ein finanzieller Nutzen – die Homogenität an der Uni geht ja mit einem gewissen Level an Wohlstand einher. Vor allem Akademiker_innenkinder brauchen weniger staatliche Ressourcen und haben mehr Mittel als Kinder aus armen Familien, oder aus einfachen Arbeiter_innenfamilien.

H: Inwiefern siehst du da einen Zusammenhang zwischen Krankheit, Behinderung und sozio-ökonomischer Herkunft?

Z: Ich habe ja in der Kindermedizin gearbeitet und dort häufen sich oft gewisse Erkrankungen oder Verletzungen, z.B. passieren Unfälle viel häufiger in Wohnungen, in denen Menschen auf beengtem Raum wohnen. Wenn dort fünf Kinder um einen Tisch rennen, passiert es öfter, dass eine Teekanne umfällt und sich ein Kind verbrüht, als wenn sie genug Platz zum Spielen hätten. Das hängt ja alles zusammen. Ich habe das Glück, dass ich sozio-ökonomisch gut aufgestellt bin: Wäre ich das nicht, hätte ich mit meiner Behinderung richtig große Probleme. Alleine von meinem Krankengeld hätten mein Freund und ich unsere Miete damals nicht bezahlen können.

H: Rechtlich ist Denkmalschutz auch ein großes Thema für die HU. Wie stehst du zu der Behauptung, dass vieles nicht umgebaut werden kann aufgrund des Denkmalschutzes?

Z: Ich finde das ehrlich gesagt schwierig zu glauben. Beispielsweise nehme ich an verschiedenen kulturellen Veranstaltungen teil oder schaue mir gerne Ausstellungen an.

Die staatlichen Museen, die hier ja fast alle um die Ecke sind, also das Bode-Museum, das Pergamonmuseum, oder auch das Naturkundemuseum, stellen für mich kein Problem dar. Selbst der Dom hat einen funktionierenden, barrierefreien Eingang. Auch bei nichtöffentlichen alten Gebäuden wie dem Admiralspalast habe ich immer die Möglichkeit, problemlos an allem teilzunehmen und geeignete Plätze zu reservieren. An Kulturangeboten in denkmalgeschützten Gebäuden mangelt es nicht. Nur an der Universität wird das Thema merkwürdigerweise zu einem Problem. Und selbst, wenn das mit dem Denkmalschutz eine Hürde ist, bin ich der Auffassung, dass hier Menschen vor Gebäude gehen. Auch ohne Schwerbehinderung, wenn man sich beispielsweise ein Bein bricht, für Schwangere oder ältere Menschen: für all diese Personengruppen ist es ein Problem, wenn die Uni nicht barrierearm gestaltet ist. Die Uni und die Stadt sind doch für diejenigen, die sie nutzen. Denkmalschutz ist dann immer das Totschlagargument und ich kann darauf nicht so viel entgegnen, da ich mich nicht so gut auskenne. Aber es ist nicht meine Aufgabe, mir zu überlegen, wie man Denkmalschutz und Barrierefreiheit miteinander kombiniert, sondern die der Uni. Ein weiteres Totschlagargument ist dann das Geld: Das ist insofern widersprüchlich, als dass hier Sachen gebaut werden, die gar keinen Sinn ergeben. Sowohl die Türöffner, die an Stellen geklatscht werden, an die man im Rollstuhl nicht richtig ran kommt, als auch eine Rampe wie am SoWi-Institut sind im Endeffekt rausgeschmissenes Geld. Und dann wird mir gesagt, dass Gebäude teuer sind. Das erschließt sich mir nicht.

H: Dann möchte ich abschließend noch einmal konkret nachfragen: Was würdest du der HU als öffentlicher Institution – und somit auch allen Verantwortlichen – zum Vorwurf machen?

Z: Ich muss Sachen tun, die meine Gesundheit beeinträchtigen, um an dieser Uni studieren zu können. Das empfinde ich als explizit diskriminierend, weswegen ich auch Beschwerde beim Landesamt für Diskriminierung eingereicht habe. Und ich greife damit Menschen in Machtpositionen an – das sind Dinge, die ich als junge Frau eigentlich gar nicht machen möchte, mich in meiner Situation aber gezwungen fühle zu tun. Durch meine Arbeit hoffe ich aber bewirken zu können, dass sich etwas verändert, und dass dieser Prozess zu einer bunteren, inklusiveren Uni führt, an der Studierende, die hier im Rollstuhl studieren möchten, nicht unter den gleichen Hindernissen leiden müssen. Dass mehr Menschen, die mit verschiedensten Beeinträchtigungen herkommen, akzeptiert und inkludiert werden.

H: Natürlich wäre es schöner, wenn du dir die ganzen Strapazen gar nicht antun müsstest. Aber gerade der Kampf um Veränderung an der ganzen Uni erscheint mir als einer, den du auf jeden Fall weiterführen möchtest.

Z: Das ist es auch, was ist mir Hoffnung gibt. Dass ich es schaffen kann, bis zum Ende meines Studiums die Barrierefreiheit im SoWi-Institut durchzusetzen. Ich möchte für meine Rechte kämpfen, aber auch dafür, dass sich auch an anderen Institutionen niemand in der gleichen Situation befinden muss. Man kennt ja diese Prospekte mit Fotos von Studierenden, die Universitäten gerne benutzen, um mit der eigenen Diversität zu werben. In solche würde man mich bei Gelegenheit vermutlich auch 20 Mal reinklatschen. Es ist eine erleichternde Vorstellung, dass man diese ‚Repräsentantin‘ vielleicht irgendwann nicht mehr sein muss.

H: Wir drücken die Daumen, dass Lehre und Studium in der Zukunft allen Menschen mit körperlichen wie nicht-körperlichen Behinderungen barrierefrei zugänglich sein werden. Vielen Dank für das Gespräch und viel Kraft für die Zukunft!

- 1 Siehe Antrag, online unter: https://vertretungen.hu-berlin.de/de/stupa/sitzungen/2010/06-11/3-refrat_barrierefrei.pdf
- 2 Im Antrag ausgeführt als Rechtsgrundlagen sind dabei der Artikel 3 des Grundgesetzes, §4 Absatz 1 und 7 des Berliner Hochschulgesetzes, das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und §4 des Behindertengleichstellungsgesetzes.
- 3 Siehe Sitzungsprotokoll, online unter: https://vertretungen.hu-berlin.de/de/stupa/sitzungen/2010/06-11/3-protokoll_stupa_11_06_10.pdf
- 4 Vgl. Margarete Stokowski, *Bibliothek mit Barrieren*, 15.03.2010. Online unter: www.tagesspiegel.de/wissen/bibliothek-mit-barrieren-6505930.html
- 5 Der Grad der Behinderung (GdB) wird auf Antrag vergeben und auf einer Skala von 20 – 100 bemessen, wobei 100 den schwersten Grad vorgibt. Ab einem GdB von 50 gilt man als schwerbehindert und hat Anspruch auf Leistungen, die die gleichberechtigte Teilnahme garantieren sollen.
- 6 zitiert nach M. Stokowski, *Bibliothek mit Barrieren*, 2010.

ABWEHR STATT AUFBRUCH

PHILIPP
MÖLLER

Mit der schwarz-roten Koalition droht kein wohnungspolitisches neoliberales Rollback. Der 2016 eingeleitete Aufbruch in Richtung einer progressiven Wohnungspolitik ist aber vorerst gestoppt.

Die sich abzeichnende schwarz-rote Koalition ist eine politische Zäsur für Berlin. Trotz vorhandener Mehrheit für eine Mitte-Links Koalition aus SPD, den Grünen und der Linkspartei, stellte sich die Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) gegen eine Weiterführung des bisherigen Bündnisses und schlug ihrem Parteivorstand stattdessen Koalitionsverhandlungen mit der CDU vor. Für diesen Schwenk der SPD-Spitze spielte die Wohnungspolitik eine wichtige Rolle. Giffey ist entschiedene Gegnerin einer Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer, privater Wohnungskonzerne. Unter Giffeyes Führung leitete die SPD bereits während der Koalition mit den Grünen und der Linkspartei jenes wohnungspolitische „Rollback“ ein, vor dem viele Initiativen nun angesichts des Regierungswechsels warnen und das sich mit einer schwarz-roten Landesregierung weiter verstetigen könnte. Ein nüchterner Blick auf die Wohnungspolitik der letzten Koalition aus SPD und CDU in Berlin verrät jedoch, dass in den verbleibenden 3 ½ Jahren der Legislatur unter Schwarz-Rot weder umfassende Deregulierungen noch massenhafte Privatisierungen drohen. Der Aufbruch in Richtung einer post-neoliberalen Wohnungspolitik¹ ist damit allerdings vorerst gestoppt.

Ende der 2000er Jahre formierte sich in Berlin eine bis heute aktive Mietenbewegung, die die Politik durch stetig wachsende Proteste und die beiden Volksentscheide zur Offenhaltung des Tempelhofer Feldes wie auch zur Neuausrichtung der landeseigenen Wohnungsunternehmen („Mietenvolksentscheid“) unter Druck setzte. Als Reaktion auf die erstarkende Bewegung und die sich verschärfenden Probleme auf dem Berliner Wohnungsmarkt erließ die zwischen 2011 und 2016 regierende schwarz-rote Koalition einige gesetzliche Maßnahmen, um die Mietpreisspirale zu verlangsamen. So führten CDU und SPD etwa die Mietpreisbremse in Berlin ein, die die Neuvermietungsrenten dämpfen soll. Als erste Landesregierung verabschiedeten sie gesetzliche Regelungen (das sog. „Zweckentfremdungsverbotsgesetz“), um leerstehende Wohnungen wieder der Vermietung zuzuführen und die Nutzung von Wohnraum als Ferienapartment zu regulieren.

Immer mehr Bezirke erließen Milieuschutzsatzungen, mit denen luxuriöse und stark mietsteigernde Modernisierungen unterbunden werden können. Erste Baustadträt_innen nutzten das bezirkliche Vorkaufsrecht, womit die Bezirke zur Veräußerung stehende Häuser ankaufen können, um sie vor der Spekulation zu schützen. Genauso übernahm die Stadt nach Jahren des Rückzugs wieder eine aktivere Rolle beim Neubau und nahm den



sozialen Wohnungsbau wieder auf, um neue, bezahlbare Wohnungen zu bauen. Selbst beim Kernstück der neoliberalen Wohnungspolitik, der Privatisierung von öffentlichen Wohnungen und Grundstücken, leiteten CDU und SPD eine vorsichtige Kehrtwende ein. Zwar wurden weiterhin einzelne Wohnungen in guten Lagen und Grundstücke privatisiert, ab 2012 jedoch begannen die landeseigenen Wohnungsunternehmen gleichzeitig wieder Wohnungen anzukaufen und neuzubauen. 2016 erließ der Senat sogar eine bis heute gültige „roadmap“ für den weiteren Ausbau der öffentlichen Wohnungsbestände, die bis 2026 um rund 80.000 auf 400.000 Wohnungen anwachsen sollen. Zeitgleich wurde den öffentlichen Unternehmen in einem Kompromiss mit den Initiator_innen des Mietenvolksentscheids wieder mehr soziale Vorgaben für die Vergabe von Wohnungen und den Neubau gemacht, damit Bevölkerungsschichten mit kleinen Einkommen überhaupt noch Chancen haben, eine Wohnung zu finden².

PUNKTUELLE ABKEHR VOM NEOLIBERALEN PARADIGMA

Nach den Wahlen 2016 bildete sich eine rot-grün-rote Koalition (r2g), wobei die Linkspartei erstmals in der Geschichte Berlins das wichtige Stadtentwicklungsressorts übernahm. Die neue Koalition verschärfte einige der unter der Vorgängerregierung eingeführten Instrumente, wie etwa das Zweckentfremdungsverbot. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Milieuschutzgebiete von 2016 bis 2022 deutlich von rund 30 auf stadtweit über 70. Immer häufiger wurde in immer mehr Bezirken das bezirkliche Vorkaufsrecht ausgeübt, wodurch insgesamt knapp 2700 Wohnungen angekauft und für über 9300 Wohnungen eine Abwendungsvereinbarung abgeschlossen wurde. Schließlich kippte das Bundesverwaltungsgericht die bisherige Praxis im November 2021³. Nach Jahren der neoliberalen Vermarktlichung, die die landeseigenen Wohnungsunternehmen auf gewinnorientierte Geschäftspolitik trimmte und in der erwirtschaftete Überschüsse zur Haushaltsanierung missbraucht wurden, richtete die neue Koalition die landeseigenen Wohnungsunternehmen stärker auf die soziale Wohnraumversorgung aus. Die Mieten in den öffentlichen Beständen wurden weitreichend reguliert und der Kündigungsschutz für Mieter*innen ausgebaut⁴. 63% der freiwerdenden Wohnungen müssen die öffentlichen Unternehmen nun an Haushalte mit geringen Einkommen vergeben und 50% ihrer Neubauten als Sozialwohnungen errichten.

Der kommunale Neubau und die Ankäufe von privaten Wohnungsbeständen (sog. Rekommunalisierungen) wurden ausgeweitet, wodurch die öffentlichen Wohnungsbestände seit 2016 um 35.000 auf mittlerweile mehr als 355.000 Wohnungen anwuchsen.

In der kritischen Stadtforschung werden diese Maßnahmen als „punktueller Abkehr vom neoliberalen Paradigma in der Wohnungspolitik“⁵ beschrieben. Im Gegensatz dazu kann die Einführung des sogenannten „Mietendeckels“ im Jahr 2020 als tiefgreifender Paradigmenwechsel hin zu einer post-neoliberalen Wohnungspolitik verstanden werden. Der Mietendeckel bestand aus einem fünfjährigen Mietstopp sowie der Möglichkeit „überhöhte“ Mieten abzusenken. Im Sinne einer post-neoliberalen Wohnungspolitik drängt er die marktwirtschaftliche Mietpreisbildung zurück und ersetzt sie durch politisch festgesetzte Mietobergrenzen.⁶ Die Folge waren berlinweite Mietsenkungen, bis das Gesetz im April 2021 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt wurde. Als weiteres post-neoliberales Instrument folgte das Ende 2021 erlassene Umwandlungsverbot⁷, welches die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen⁸ stark erschwert. Seit der Einführung der Verordnung ist das Umwandlungsgeschehen in der Stadt weitgehend zum Erliegen gekommen. Das Umwandlungsverbot schränkt die Verwertungsmöglichkeiten für Wohnraum ein und drängt damit Marktmechanismen zurück. Zusätzlich brachte die Initiative „Deutsche Wohnen und Co – Enteignen“ die Vergesellschaftung von großen Wohnungsunternehmen als ein weiteres post-neoliberales Instrument auf das politische Tableau. Durch die Überführung der Wohnungsbestände in Gemeinwirtschaft sollen die 270.000 betroffenen Wohnungen der privaten Profitmaximierung entzogen und die demokratische Mitbestimmung von Mieter_innen ausgeweitet werden⁹. Nach einer knapp dreijährigen Kampagne stimmte schließlich eine deutliche Mehrheit von 59,1% der Berliner Wähler_innen im September für den Volksentscheid und besiegelte zumindest im öffentlichen Diskurs endgültig die neoliberale Hegemonie in der Wohnungspolitik.

KOOPERATION MIT WOHNUNGSKONZERNEN ALS NEUES LEITMOTIV

Trotz des gewonnenen Volksentscheids und der Neuauflage von r2g war die Wahl 2021 bereits ein erster Wendepunkt für die post-neoliberale Suchbewegung in der Wohnungspolitik. Die SPD eroberte in den Koalitionsverhandlungen das Stadtentwicklungsressort zurück und berief mit Andreas Geisel einen rechten Sozialdemokraten als Bausenator, der bereits in der schwarz-roten Koalition zwischen 2014 und 2016 in diesem Amt tätig war. Unter dem Leitmotiv einer „Kooperation statt Konfrontation“ betonten Giffey und Geisel ihren Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit den großen Wohnungskonzernen. Diesem Kurs folgend gründete der Senat Mitte 2022 ein „Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen“ mit Unternehmen und Immobilienverbänden, um mit ihnen freiwillige Selbstverpflichtungen zu vereinbaren, in denen sich die Bündnispartner etwa zu einer gewissen Zurückhaltung bei Mietsteigerungen verpflichten. Nachprüfen lassen sich die Vereinbarungen kaum, da es bislang an einem Monitoring fehlt. Da es sich um freiwillige Selbstverpflichtungen handelt, gibt es auch keine Sanktionsmöglichkeiten, wenn die Konzerne ihre Versprechen nicht einhalten. Das Bündnis verweist auf eine veränderte Logik in der Wohnungspolitik: Statt den Wohnungsmarkt stärker zu regulieren, öffentliche Wohnungsbestände auszuweiten und Marktmechanismen zurückzudrängen, setzt die Politik nun auf eine Kooperation mit der privaten Wohnungswirtschaft, um mit ihnen soziale Zugeständnisse auf freiwilliger Basis zu vereinbaren. Die großen Wohnungskonzerne werden als „Sozialpartner“ und „Teil der Lösung“ adressiert. Damit steht das Bündnis in einem diametralen Gegensatz zur Enteignung und

Vergesellschaftung ebenjener Konzerne, für die eine deutliche Mehrheit der Berliner_innen im September 2021 gestimmt hat.

Insofern ist es kaum verwunderlich, dass sich SPD, die Grünen und die Linkspartei nicht auf eine Umsetzung des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne verständigen konnten. Stattdessen verzögerten sie eine finale Entscheidung, indem sie eine Expertenkommission einsetzten, die die bis zum Frühjahr 2023 „Möglichkeiten, Wege, Voraussetzungen“ der Vergesellschaftung prüft.¹⁰ Im Anschluss hätte die Koalition erneut politisch über die Umsetzung entscheiden müssen. Während sich die Linkspartei für die Vergesellschaftung stark machte, trat Giffey bis zuletzt als entschiedene Gegnerin der Vergesellschaftung auf. Der Schwenk auf die schwarz-rote Koalition erleichtert der SPD-Führung nun um eine mögliche politische Zerreißprobe, weil sie den Volksentscheid gemeinsam mit der CDU, die sich ebenfalls gegen Enteignung ausspricht, nun leise beerdigen kann.

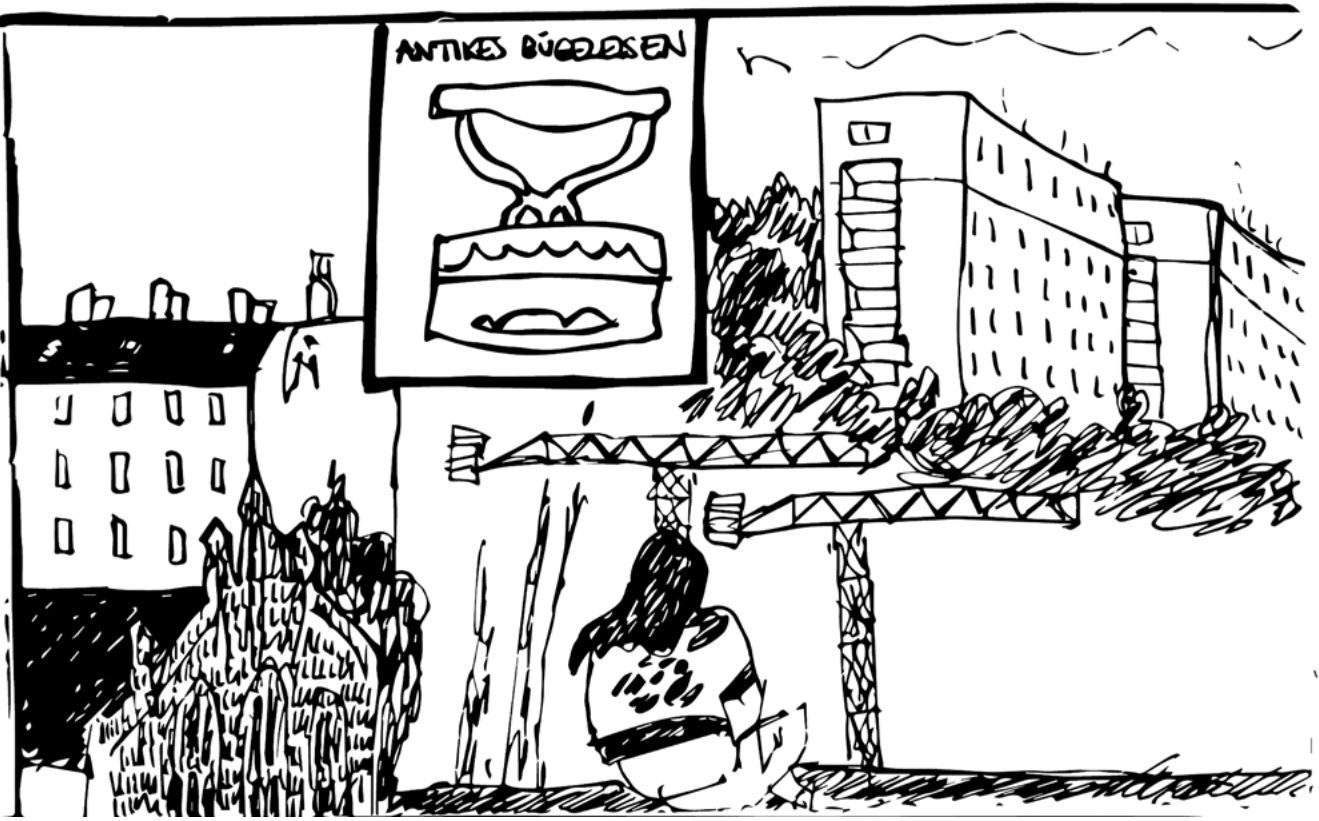
Durch die Neuauflage einer schwarz-roten Koalition dürfte das vermeintlich linke Berlin zur Tristesse der bundesdeutschen Politik zurückkehren. Die vorsichtigen Aufbrüche in Richtung einer progressiven Wohnungspolitik, wie sie etwa auch bei der Verkehrs- und Asylpolitik zu beobachten waren, sind damit vorerst gestoppt. Mit Rückblick auf die Legislatur von 2011 bis 2016 ist jedoch von CDU und SPD kein wohnungspolitisches Tabula rasa zu erwarten. Die objektiven Probleme auf dem Berliner Wohnungsmarkt in Form steigender Mieten, Verdrängung und eines knappen Angebots von bezahlbaren Wohnungen erzeugen eine politische Ökonomie, in der marktliberale Konzepte aktuell dysfunktional sind.

Begrenzte gesetzliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt und eine aktivere Rolle des Staates beim sozialen Neubau sind unumgänglich, um die massiven sozialen Verwerfungen durch die Wohnungskrise abzumildern und Wahlen zu gewinnen. In dieser Gemengelage gerierte sich selbst die CDU im Wahlkampf als „Mieterpartei“ und übernahm in ihrem Wahlprogramm einige Forderungen nach mehr Marktregulierungen.¹¹ Im Sinne einer vermehrten „Kooperation“ mit der Wohnungswirtschaft dürfte schwarz-rot dennoch einige gesetzliche Regulierungen aufweichen und die Wohnungspolitik wieder stärker auf die Interessen privater Investoren zuschneiden. Damit setzt sich jener politische Kurs fort, den der bisherige Bausenator Andreas Geisel bereits in den letzten 1 ½ Jahren einleitete und der allein aufgrund der grünen und linken Koalitionspartner bislang nicht voll zur Geltung kommen konnte. Gleichzeitig scheint ein umfassendes Rollback gar nicht notwendig, weil es r2g nur partiell gelang, einen post-neoliberalen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik durchzusetzen.

Die Mietenbewegung hingegen steht nun vor einer strategischen Neuorientierung. Die Hoffnungen von Teilen der Initiativen, die Vergesellschaftung könnte in einem Zusammenspiel aus Bewegung und senatstragenden Parteien umgesetzt werden, hat sich durch die schwarz-rote Koalition erledigt. Wie es mit dem Volksentscheid weitergeht, ob etwa ein Gesetzesvolksentscheid mit einem ausformulierten Vergesellschaftungsgesetz auf den Weg gebracht wird, bleibt derzeit noch offen. Bereits vor den Wiederholungswahlen flaute die Mietenbewegung merklich ab und mietenpolitische Demonstrationen haben derzeit immer weniger Zulauf. Gleichzeitig erreichen die Mietsteigerungen in Berlin neue Rekordhöhen. Mit CDU und SPD könnte nun erneut eine „Immobilienverwertungscoalition“ mit zahlreichen Verbindungen in die Immobilienwirtschaft die politische Führung übernehmen. Bei ihrem Versuch, den Investoren den roten Teppich auszurollen, scheint es jedoch durchaus denkbar, dass sie auf den Widerstand der organisierten Stadtgesellschaft treffen könnte.

- 1 *Diese umfasst politische Ansätze, um den Wohnungsmarkt stärker zu regulieren, die politische Verantwortung für eine soziale Wohnraumversorgung gegen private Gewinninteressen durchzusetzen und Wohnraum Marktmechanismen zu entziehen.*

Metzger, Joscha/ Schipper, Sebastian (2017): Postneoliberale Strategien für bezahlbaren Wohnraum? Aktuelle wohnungspolitische Ansätze in Frankfurt am Main und Hamburg, In: Schöning, Babara/Kadi, Justin/ Schipper, Sebastian (Hg.): *Wohnraum für Alle? Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, Bielefeld, 231–242.
- 2 Diesselhorst, Jonathan (2018): Wenn stadtpolitische Bewegungen das Terrain des Staates betreten, In: PROKLA 191, 265–282
- 3 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1158468.milieuschutz-richter-pulverisieren-vorkaufsrecht.html>
- 4 Neuvermietungen dürfen laut Regelungen des Senats maximal 10% unter der ortsüblichen Vergleichsmiete erfolgen. Mieterhöhungen dürfen maximal 2% betragen, die Nettokaltmieten in öffentlichen Wohnungen dürfen 30% des Haushaltseinkommen von Mieter_innen nicht überschreiten. Während Corona und ab November 2022 wurde im Rahmen des Entlastungspakets auf Landesebene ein einjähriges Kündigungsmoratorium verhängt.
- 5 Kadi, Justin/Vollmer, Lisa (2018): Wohnungspolitik in der Krise des Neoliberalismus in Berlin und Wien – Postneoliberaler Paradigmenwechsel oder punktuelle staatliche Beruhigungspolitik?, In: *PROKLA 191*, 262.
- 6 Möller, Philipp: Der Einstieg zum Ausstieg? Der Berliner Mietendeckel könnte eine post-neoliberale Phase in der Wohnungspolitik einleiten, In: Metzger, P. Philipp: *Wohnkonzerne enteignen! Wie Deutsche Wohnen & Co. ein Grundbedürfnis zum Profit machen*, Wien, Mandelbaum kritik & utopie.
- 7 Wie das die Verordnung genau funktioniert, kann man hier nachlesen: <https://www.berliner-mieterverein.de/recht/infoblaetter/info-193-die-umwandlungsbremse-des-%C2%A7-250-baugb-20-fragen-und-antworten.htm>
- 8 Umwandlungen sind eine wichtige Verwertungsmöglichkeit für Eigentümer_innen bei der sie die umgewandelten Wohnungen einzeln verkaufen und so horrende Erlöse erzielen können. Gleichzeitig zählen Umwandlungen zu den Motoren der Verdrängung, weil den Bestandsmieter_innen nach Ablauf einer zehnjährigen Frist eine Kündigung wegen Eigenbedarf droht.
- 9 Deutsche Wohnen&Co Enteignen (2022): *Wie Vergesellschaftung gelingt: zum Stand der Debatte*, Berlin: Parthas Verlag.
- 10 <https://www.berlin.de/kommission-vergesellschaftung/>
- 11 https://www.cdu-fraktion.berlin.de/image/daten/blog_202210151700_beschluss_positionspapier_ak3_faires_wohnen.pdf



GEFÄHRLICHE RÄUME? POLIZEILICHE GRENZZIEHUNGEN IN DER STADT

**SIMIN
JAWABREH**

Die Regulierung von Räumen ist seit jeher Herrschaftstechnik der Polizei, um ein Regieren der Bevölkerung zu ermöglichen. Dabei weist sie eine zweigeteilte Rationale auf und erschafft Möglichkeits- wie Unmöglichkeitsräume.

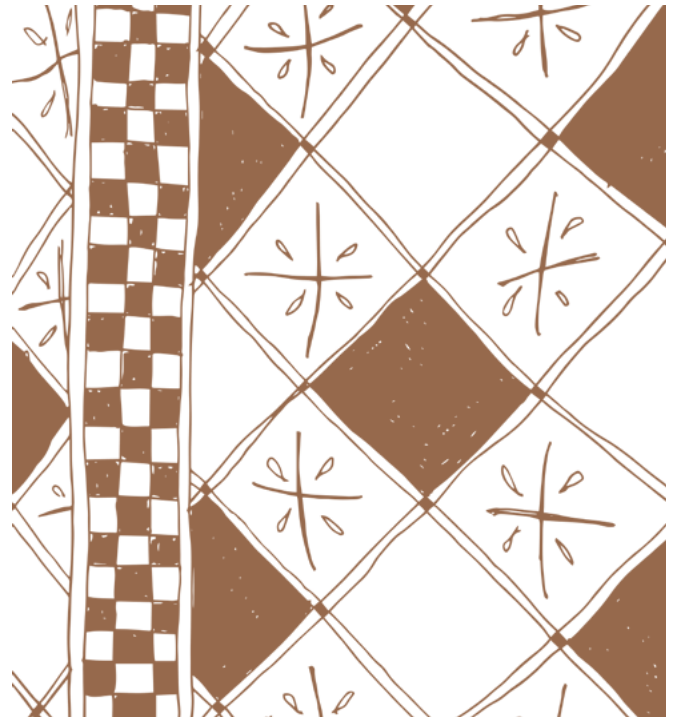
„Die kolonisierte Welt ist eine zweigeteilte Welt. Die Trennungslinie, die Grenze wird durch [...] Polizeiposten markiert. Der rechtmäßige und institutionelle Gesprächspartner des Kolonisierten, der Wortführer des Kolonialherrn und des Unterdrückungsregimes ist der Gendarm und der Soldat. [...] Dagegen sind es in den kolonialen Gebieten der Gendarm und der Soldat, die ohne jede Vermittlung, durch direktes und ständiges Eingreifen den Kontakt zum Kolonisierten aufrechterhalten und ihm mit Gewehrkolbenschlägen und Napalmbomben raten, sich nicht zu rühren.“¹

Die gemeinhin dominierende Vorstellung von der Arbeit der Polizei als staatliche Institution der Exekutive ist der Schutz der persönlichen Sicherheit und die Wahrung der öffentlichen Ordnung. Die Annahme, dass die Funktion der Polizei in der Garantie öffentlicher Sicherheit bestehe, ist jedoch fehlgeleitet: Wessen Sicherheit von der Polizei gewährleistet wird, ist in liberalen Demokratien höchst unterschiedlich verteilt. So wurde nicht zuletzt im Rahmen der Black-Lives-Matter-Proteste für eine Perspektive plädiert, welche die Polizei als Gefährdungsakteurin artikuliert.

HISTORISCHE EINORDNUNG: KOLONIALE REGIERUNGSWEISEN

Um die Funktion der Polizei für gegenwärtige liberale Demokratien kenntlich zu machen, ist es wichtig, ihre historische Entwicklung zu kennen. Die Polizei, die wir heute als staatliche Institution kennen, hat es als solche nicht schon immer gegeben. Sie ist ein recht junges Phänomen der Moderne und hat zu großem Teil mit der Überwindung des Feudalismus als Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu tun. Mithilfe der Polizei wurde aus ehemaligen Territorialstaaten ein expansiver Nationalstaat, wobei sie zugleich die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems mobilisierte. Der Feudalismus als Produktionsweise zeichnet sich vor allem durch die Einheit wirtschaftlicher und politischer Grundherrschaft im Rahmen der Ständeordnung aus. Bereits im 14. Jahrhundert wurde die Stabilität dieser Feudalordnung durch katastrophale Bevölkerungsverluste infolge der Pest, wiederkehrende Hungersnöte und den Hundertjährigen Krieg irreparabel beschädigt.

Da die ökonomischen Zweige des Feudalismus nach und nach wegbrachen und die Verhältnisse sich zunehmend destabilisierten, setzte man auf eine alternative Form der Aneignung von Überschüssen, um zu sehen, ob dadurch das sinkende



Realeinkommen der herrschenden Gruppen wiederherzustellen sei. In dieser Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus setzte eine aufstrebende kapitalistische Klasse von Aristokraten und Bankiers zahllose Arten von Gewalt ein, um sukzessive die Rahmenbedingungen für die neue Wirtschaftsweise zu schaffen: Dörfer wurden niedergebrannt, Steuern und Abgaben auferlegt, Bäuer_innen vom Land vertrieben, um sich dieses anzueignen. Diese enteignete Landbevölkerung, welche die Mehrheit der Menschen darstellte, wurde durch das Zerbrechen der Bindungen, die sie mit ihrem Land, untereinander und mit den sich im Übergang befindlichen Herrschaftsstrukturen einten, aus ihrer gewohnten Lebensweise herausgerissen. Sie wurden gewaltsam in eine neue Rolle gedrückt: Sie mussten sich nun in ein Lohnarbeitsverhältnis begeben, um zu überleben. Denn ihr Land, und somit auch ihr Eigentum, hatten sie verloren. In diesem Kontext hat die Institution der Polizei ihren Ursprung: Sie war hier damit beauftragt, die Enteignungen der Bäuer_innen durchzusetzen, Menschen dem Lohnarbeitszwang zu unterwerfen, Steuern einzutreiben sowie das sogenannte Vagabundieren zu verbieten, damit alle an ihrem vorhergesehenen Platz bleiben.

Die Entwicklung der Polizei vollzieht sich, wie eingangs erwähnt, im Übergang von Fürstentümern und Territorialstaaten zu einem expansiven Nationalstaat. Entsprechend hat die Entwicklung der Polizei einen kolonialen Ursprung. Denn die Expansion des Nationalstaats war nur durch Mittel wie koloniale Ausbeutungen, Plünderungen und Versklavungen in Übersee überhaupt möglich. Hier gab es eine Polizei in dem Sinne, dass es Kräfte gab, die dafür sorgten, dass die Bevölkerung versklavt blieb, sie kategorisierten und anderweitig entmenslichten. So wurde, lange bevor dies im europäischen Inland geschah, ein Arbeitszwang durchgesetzt, und zwar ein Arbeitszwang ohne politische Rechte am Körper – im Gegensatz zur Lohnarbeit.

Die koloniale Kontroll- und Zwangslogik wurde mit dem Aufbau des Nationalstaates ins europäische Inland importiert, um einen Arbeitszwang im Sinne der Lohnarbeit durchzusetzen, sowie um Proteste von Arbeiter_innen zu zerschlagen. Von ihrer Entstehung an war der Schutzauftrag der Polizei also einer, der sich auf die Produktivität des Wirtschaftssystems bezog. Dieser Auftrag verlief zweigeteilt: Die Polizei regulierte sowohl die Arbeitskraft ohne politische Rechte — die Sklaverei —, als auch die Arbeitskraft mit politischen Rechten — die Lohnarbeit. Für die Wirkmacht und Produktivität der Polizei war die Ein- und Entgrenzung ihrer Souveränität ein wichtiges Mittel. Hierüber konnten Bewegungsfreiheiten eingeschränkt und Abgaben reguliert werden.

Historisch kann nachgezeichnet werden, dass sich diese Territoriallogik der Kontrolle zusehends auf die Bevölkerung ausweitete. Im kolonialen Indien fingen die britischen Kolonialbeamten beispielsweise damit an, die indische Bevölkerung mithilfe von Fingerabdrücken zu registrieren. Diese Technologie ‚reiste‘ viele Jahre und gelangte zurück nach Europa. Neben der Etablierung als polizeiliche Ermittlungsmethode wurden Fingerabdrücke und andere biometrische Daten dazu verwendet, Fliehende im Zuge der Kriminalisierung von Flucht und Migration zu registrieren und territorial einzuschränken. Inzwischen, und das können auch Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit bestätigen, gehört die Abgabe von Fingerabdrücken bei der Beantragung des Personalausweises zum Standard. Die Art und Weise wie die Polizei ihr Territorium konzeptionalisiert und damit auch kontrolliert, ist entscheidend für das Verständnis eines Polizierens.² Denn über die Ein- und Entgrenzung ihrer Souveränität wird Herrschaft und Zugriff auf Menschen ausgeübt. Dem ‚Raum‘ kommt dabei eine spezifische Rolle zu, da Menschen durch ihn verteilt, angeordnet, hierarchisch organisiert oder konzentriert werden.

VERRÄUMLICHUNGEN: RASSIFIZIERTE GEOGRAFIEN

Heutzutage erfreuen sich räumliche Kontrollmodi im städtischen Raum immer größerer Beliebtheit auf Seiten der Polizei und finden durch die Ausweisung von sogenannten ‚Gefahrengebieten‘, oder hier in Berlin auch durch Kennzeichnung bestimmter Zonen als ‚kriminalitätsbelastete Orte‘, statt. Ob und wo ein ‚Gefahrengebiet‘ eingerichtet wird, entscheidet dabei die Polizei selbst. Ihr kommen damit nicht nur weitreichende exekutive Befugnisse im Sinne parlamentarischer Sonderrechte zu, sondern auch initiativ Legislative und Judikative, da sie entscheidet, wer, wann, wo und mit welchem Straftatbestand kontrolliert und kategorisiert wird.³ Polizist_innen können in diesen Gebieten eigenständig und verdachtsunabhängig Kontrollen durchführen, da der Aufenthalt an sich als abstrakte Gefahr ausreicht. Diesen polizeilichen Grenzziehungen ist also gemein, dass sie proaktiv und somit im Vorfeld zur Wirkung kommen, während die Polizei ansonsten reaktiv, also im Nachgang, wirken soll. Der Polizei obliegt dabei die Definitionsmacht über „Lageerkenntnisse“, „Gefahr“ als auch „Gefährder_innen“.⁴ In Berlin-Neukölln liegen zwei dieser sogenannten kriminalitätsbelasteten Orte (kurz: KBOs). Die Polizei muss jedoch nicht ausweisen, wo sie sich für wie lange erstrecken, und begründet dies damit, dass niemand im Vorfeld wissen soll, wo es zu möglichen Kontrollen kommt.

‚Kriminalitätsbelastete Orte‘ sind jedoch nicht per se kriminalitätsbelasteter — viel eher kontrolliert die Polizei hier verstärkt, sodass es zu einem höheren Verzeichnis an kriminalisierten Taten kommt. Über diese wird wiederum eine erhöhte Kontrolle gerechtfertigt, sodass die Polizei das zu kontrollierende Subjekt, wie auch die Legitimität für die Kontrolle selbst schafft. Sich in diesem Gebiet Aufhaltende wie Anwohnende erleben damit einen permanenten Belagerungszustand, da sie qua Existenz und Lokalisierung einem kriminellen Generalverdacht unterliegen.

Denn obwohl in der räumlichen Betrachtung dem Raumschnitt selbst kriminogene Eigenschaften zugeschrieben werden, kann ein Raum an sich natürlich nicht kriminell sein. So wird durch die polizeilichen Kontrollmodi eine vermeintlich kriminelle Gruppe erst konstituiert. Nicht nur eine ‚gestalterische‘ Rolle des Polizierens wird durch diese Organisation und Ordnung des städtischen Raums deutlich, sondern ebenso die darüber laufende Perpetuierung von Unterdrückungsverhältnissen. Es geht um Orte wie Neukölln, in welche ökonomisch vulnerable Menschen erst gedrängt werden, um dann wiederum über polizeiliche Praxen weiter verdrängt und entrechtet zu werden. Allein von Januar bis Oktober 2021 gab es in Berlin-Neukölln 237 Einsätze gegen sogenannte Clan-Kriminalität in Form von Shishabar-Razzien. In diesem Fall geht es um die ganze Lebensweise einer vermeintlich delinquenten Gruppe von ‚Clanmitgliedern‘. Bisher konnten aber lediglich kleinere Delikte nachgewiesen werden: Vorrangig erfasst wurden beispielsweise unversicherter Tabak und falsches Parken: „In Antworten auf parlamentarische Anfragen steht entweder deutlich, dass bei den Kontrolleinsätzen keine Anhaltspunkte auf Organisierte Kriminalität vorliegen — oder die Polizei windet sich aus ‚ermittlungstaktischen Gründen‘ um die Beantwortung der Frage“.⁵ Die Strategie der ‚1000 Nadelstiche‘ — von allen Seiten so lange zu zustechen, bis sich nichts mehr ‚getraut‘ wird — soll durch Einschüchterung und Schikanen viel eher Macht demonstrieren, als dass sie der Bekämpfung von Straftaten dient. Das führte nicht zuletzt im Februar 2022 dazu, dass auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln verdachtsunabhängige Verkehrskontrollen mit Maschinengewehren durchgesetzt wurden.

Die koloniale Kontinuität im Sinne eines zweigeteilten Auftrags der Polizei wird hier besonders deutlich, denn im Kontext der räumlichen Kontrollmodi wird Armut polizeilich reproduziert: Der proaktive Zugriff auf die Menschen in Berlin-Neukölln entrechtet sie politisch und vulnerabilisiert sie damit ökonomisch, wobei sie zugleich als eigentliche ‚Gefahr‘ stigmatisiert werden. Die polizeilichen Praxen der politischen Entrechtung und Verteilung von Menschen führt zu Verdrängungen, die auch eine sozialtechnologische Funktion haben: Beispielsweise können so Gentrifizierungsprozesse beschleunigt werden. Der Bau einer Polizeistation am Kottbusser Tor im Februar 2023 verläuft nicht zufällig zeitgleich mit Plänen der weiteren ‚Aufwertung‘ und ‚Investierung‘ in Berlin-Kreuzberg.

Rassifiziert sind diese Räume also weniger durch die Menschen, die dort leben und arbeiten, oder die Begriffe, die ihnen zugeschrieben werden, sondern durch das Verhältnis dieser Räume zur weißen Vorherrschaft. So wird beispielsweise oftmals palästinensischen Geflüchteten, wie es bei vielen vermeintlichen ‚Clans‘ der Fall ist, sowohl die Staatszugehörigkeit als auch eine Arbeitserlaubnis verweigert. Sie sind damit ökonomisch prekariert, können sich nur in bestimmten Teilen Berlins niederlassen, und müssen sich aufgrund ihrer Entrechtung über andere Wege das Notwendige zum Überleben beschaffen. Diese Räume werden dann wiederum den besagten räumlichen Kontrollmodi unterzogen, sodass die ökonomische Prekarität aufrechterhalten und die Menschen vulnerabilisiert bleiben, sowie sie zusätzliche Repression und Stigmatisierung erfahren. Sie werden damit von derselben Logik angegriffen, die sie erst in diese Misere gestürzt hat.

Rassistische Unterdrückungsverhältnisse besitzen stets eine spezifische Geografie, die durch ein Polizieren und die Praxis der Errichtung von ‚Gefahrengebieten‘ geschaffen, markiert, sowie räumlich und sozial situiert wird. Soziale Wirklichkeit beruht so auch auf der Macht polizeilicher Operationen, welche die Bedingungen schaffen für rassistische Herrschaftsausübung als „dem spezifischen Mechanismus, der Schwarze Arbeit von einer Generation zur nächsten ‚reproduziert‘, an den Orten und in den Positionen, die race-spezifisch sind“⁶

Die Polizei schafft durch diese Selektivität und differentielle Logik Geografien der In- und Exklusion, die sie als Akteurin sozialer Ordnung und nicht öffentlicher Ordnung auftreten lassen.⁷ Rassismus ist damit keine individuelle Verhaltensweise, sondern staatlich als Sanktion greifende sowie extra-legale Gewalt zur Ausbeutung und zusätzlichen Vulnerabilisierung. Über die Regulierung erschaffener Räume und der darauf aufbauenden Vertreibung, Verteilung, Beschränkung und Benennung bestimmter Bevölkerungsgruppen, werden diese kontrolliert und buchstäblich an ihrem Platz gehalten.

- 1 Frantz Fanon (1961[1981]): *Die Verdammten dieser Erde*, Baden-Baden: Suhrkamp, S. 31f, aus: Vanessa Eileen Thompson (2018): „'There is no justice, there is just us!'. Ansätze zu einer postkolonial-feministischen Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling“, in: Daniel Loick: *Kritik der Polizei*, Frankfurt am Main: Campus Verlag, S.201.
- 2 Mit Polizieren ist hier, in Anlehnung an das englische *policing*, eine polizeiliche oder polizei-ähnliche Praxis der Logik herrschaftsförmiger Kontrolle gemeint, die von Polizist_innen, aber auch von nicht bei der Polizei direkt angestellten Menschen ausgeführt werden kann.
- 3 Vgl. Maximilian Pichl (2014): „Zur Entgrenzung der Polizei – eine juristische und materialistische Kritik polizeilicher Gewalt“, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Nr. 97/3, Nomos Verlagsgesellschaft, S. 263.
- 4 Golian, Schoreh (2019): „Spatial Racial Profiling. Rassistische Kontrollpraxen der Polizei und ihre Legitimationen.“, in: Tarek Naguib; Sarah Schilliger; Patricia Purtschert; Mohamed Wa Baile; Serena O. Dankwa: *Racial Profiling: Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*, Bielefeld: Transcript, S. 110.
- 5 Vgl. Jorinde Schulz; Niloufar Tajeri (2022): *Neukoellner Null-Toleranz und sozialräumlicher Rassismus. Wie mit der Debatte um die „Clankriminalität“ (Verdrängungs)-Politik gemacht wird*, via Rosalux.de, Nachricht 13.06.2022. Online unter: <https://www.rosalux.de/news/id/46645/neukoellner-null-toleranz-und-sozialraeumlicher-rassismus>
- 6 Sandra Bass (2001): „Policing Space, Policing Race: Social Control Imperatives and Police Discretionary Decisions.“, in: Social Justice, Nr. 28/1/83, S. 158.
- 7 Vgl. Loick/Thompson 2018.



OSTEUROPA ALS HISTORISCHER VERFLECHTUNGSRAUM

ANTONIA
SKIBA

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine steht Osteuropa stark im Zentrum politischer Debatten. Dabei wird das nationalstaatliche Paradigma unhinterfragt übernommen, was zu einem verzerrten Bild dieses geographischen Raums führt.

Die Region Osteuropa ist trotz des Krieges in der Ukraine für viele Menschen immer noch ein blinder Fleck. Einige assoziieren mit dem östlichen Europa einen Raum, der von Armut, Postkommunismus und gesellschaftlicher Rückständigkeit geprägt sei. Andere romantisieren wiederum die postsozialistische Ästhetik oder verkürzen slawische Kulturgeschichte als christlich, weiß und irgendwie europäisch – aber auch nicht so ganz europäisch.

21

Was hat es nun eigentlich mit diesem geographischen und politischen Raum auf sich? Wie können wir die Geschichte dieser Region verstehen? Und welche Forschungsperspektive kann uns dabei helfen?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir allerdings einen Schritt zurückgehen und nachvollziehen, wie genau die herkömmliche Geschichtswissenschaft in Deutschland funktioniert. Der sogenannte „nationale Denkraum“¹ bestimmt – wenn auch seit den 1990er Jahren mehrfach kritisiert – immer noch stark die Geschichtsschreibung. Historiker_innen untersuchen vergangene gesellschaftliche Phänomene oder Phasen in ihren territorialen Grenzen und beziehen erst in der sogenannten Beziehungsgeschichte das zwischenstaatliche Verhältnis zu anderen Nationen ein. Die nationale Ordnung bildet also stets den Maßstab, an dem historische Entwicklungen einer homogen kodierten Gesellschaft analysiert werden.

Ebenso handelt es sich bei einer nationalgeschichtlichen Perspektive nicht um einen politisch neutralen Blick auf Vergangenheit. Diese Betrachtungsweise geht immer von einem sinnstiftenden „Wir“² aus, welches auf eine scheinbar historische Notwendigkeit eines Kollektivs (in dem Fall die konstruierte Nation) schließen lässt. So lenkt eine nationale Geschichtsschreibung an Universitäten sowie im Schulunterricht die Aufmerksamkeit auf eine erfundene Schicksalsgemeinschaft, die sich angeblich durch jahrhundertelange Kontinuität und gemeinsame Identität auszeichnet – beides aber konstruierte Vorstellungen sind.³

Wenn wir nun die Geschichte Osteuropas begreifen möchten, kommt diese Forschungsperspektive sehr schnell an ihre Grenzen. Osteuropäische Staaten sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten sowie nach dem Zerfall Jugoslawiens erst seit etwa 30 Jahren souveräne Nationalstaaten. Vorher handelte es sich um eine Region, die stets Vielvölkerstaaten hervorbrachte.



In diesen Vielvölkerstaaten bildeten Mehrsprachigkeit, ethnische Heterogenität und kulturelle sowie religiöse Koexistenz die Normalität ab. Landesgrenzen verschoben sich in kurzen Abständen, existierten teilweise kaum. Außerdem war die Idee der Nation in Osteuropa ähnlich wie in Westeuropa besonders im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit mit politisch privilegierten Schichten verknüpft. Es handelte sich dabei um eine „ständische Nation“,⁴ die sich ausschließlich aus Adel und Funktionseliten zusammensetzte. Diese „Verschränkung von Standesbewusstsein und Nationszugehörigkeit“⁵ spiegelte daher nur die Lebensrealitäten eines sehr kleinen und exklusiven Teils der Bevölkerung wider. Die Geschichte Osteuropas kann demnach nicht einfach durch eine Aneinanderreihung nationaler Großereignisse wie zyklische Wechsel des jeweiligen politischen Führungspersonals oder zwischenstaatliche Auseinandersetzungen erklärt werden.

Die herkömmliche Geschichtswissenschaft bietet in dieser Hinsicht allerdings auch Alternativen an. So sprechen Historiker_innen häufig von „Globalgeschichte“, „Weltgeschichte“, „europäischer Geschichte“ oder „transnationaler Geschichtsschreibung“ und plädieren für eine historische Forschungsperspektive, die über nationale Grenzen hinausdenkt. Trotzdem gehen diese Betrachtungsweisen immernoch von nationalen Narrativen und nationalstaatlichen Ideologien aus, welche Osteuropa als Region nicht bieten kann, sondern nur von außen in sie hineingelegt wird. Der Ausgangspunkt ist demnach immer wieder der nationale Container, der einen scheinbar objektiven und unparteilichen Rahmen vorschreibt.

Wir stellen also fest: Nationale Geschichtsschreibung erfüllt eine klare Funktion für moderne Nationalstaaten, die sich seit dem 19. Jahrhundert entwickelt haben. Sie bindet ein willkürlich ausgewähltes und kategorisiertes ‚Volk‘ als Kollektivsubjekt

an eine kulturelle Entstehungsgeschichte sowie an ein historisch zufällig eingegrenztes Territorium und postuliert so die Entwicklung einer vermeintlich einvernehmlichen Wertgemeinschaft. Damit liefert die nationale Geschichtsschreibung eine herrschaftsstützende Legitimation für das politische Konstrukt des Nationalstaats. Auf diese Weise werden Herrschaft, Nation und Staat naturalisiert und als scheinbar organisch gewachsene Gesellschaftsprozesse begriffen. Die so institutionalisierte Geschichtsschreibung verfolgt dabei das Ziel, nationale Herrschaft mithilfe von historischen Kollektiverfahrungen glaubhaft, erfahrbar und fühlbar zu gestalten.

Wenn aber weder die Kategorie Nation, noch die Zugehörigkeit zu einer Elite die Geschichte Osteuropas erläutern, wie können wir diese Region dann geschichtswissenschaftlich genau erfassen? Eine alternative Perspektive hierzu wäre, die Geschichte Osteuropas nicht als Geschichte von Nationen oder als „die Summe verschiedener Nationalgeschichten“⁶ zu betrachten, sondern als eine Geschichte von Verflechtungen. Dabei „richtet sich [dieser Verflechtungsraum] nicht nur nach administrativen Grenzen, sondern vor allem nach der Lebenswirklichkeit seiner Bewohner“.⁷ Das bedeutet, dass die sozialen Verhältnisse jenseits des Adeltums uns etwas über einen weiteren Maßstab der historischen Analyse verraten.

Das lässt sich sehr anschaulich im folgenden Reisebericht eines britischen Diplomaten aus dem Jahre 1918 erkennen: „Wenn man einen durchschnittlichen Bauern in der Ukraine nach seiner Nationalität fragt, wird er antworten, er sei griechisch-orthodox; wenn man ihn drängt zu sagen, ob er ein Großrusse, ein Pole oder ein Ukrainer sei, wird er wohl antworten, er sei Bauer; und wenn man darauf besteht zu erfahren, welche Sprache er spricht, wird er sagen, dass er ‚die Sprache von hier‘ spricht [...]. Wenn man also herausfinden will, welchem Staat er gerne angehören möchte – ob er von einer allrussischen oder einer besonderen ukrainischen Regierung regiert werden möchte –, wird man erfahren, dass seiner Meinung nach alle Regierungen eine Landplage seien und dass es das Beste wäre, wenn das ‚christliche Bauernvolk‘ sich selbst überlassen bliebe.“⁸

Was sich hier als kompliziertes Gespräch mit einem Bauern auf tut, der die Nachfragen des Diplomaten scheinbar nicht richtig versteht, mündet beinahe schon in eine allgemeine Kritik an Obrigkeit oder Staatlichkeit. Die Idee der Nation und der damit einhergehenden Herrschaft über eine Bevölkerung ergab für den Großteil der damaligen Landbevölkerung Osteuropas keinen Sinn. Wenn es nicht die Religion ist, die auf eine nationale Zugehörigkeit schließen lässt, dann ist es die Sprache. Wenn die Sprache aber nicht einheitlich ist, dann soll die Loyalität zur jeweiligen Herrschaft erhalten – und wenn man diese nicht vorfindet, hat man plötzlich einen Staatsfeind vor sich. Dieser Umstand deutet darauf hin, dass Nationalität eben keine historisch widerspruchsfreie, fast natürliche Eigenschaft eines ‚Volks‘ in einem bestimmten Territorium ist, sondern als politisches Konstrukt zum Zweck der Herrschaftssicherung der Bevölkerung übergestülpt und von außen zugeschrieben wurde.

Osteuropa als einen Verflechtungsraum zu sehen, bedeutet demnach, die Menschen vor Ort nicht als homogenes Kollektiv zu behandeln, welches sich durch die Kategorie Nation definiert, sondern durch Kategorien wie Klasse, Berufsstand, Religion oder Dialekt. Diese Forschungsperspektive führt uns im nächsten Schritt dahin, die moderne Erfindung der Nation und unsere eigene Rolle in dieser Nation zu hinterfragen. Eine nationale Geschichtsschreibung scheint die einfache, die logische Lösung für die historiographische Untersuchung von vergangenen Ereignissen zu sein – aber sie bildet nie die historische Realität der Menschen ab, die sie in der Masse betrifft.

- 1 Angster, Julia: *Nationalgeschichte und Globalgeschichte. Wege zu einer „Denationalisierung“ des historischen Blicks*, 23.11.2018. Online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/280566/nationalgeschichte-und-globalgeschichte/>
- 2 *Zur Kritik der Geschichtswissenschaft. Die verkehrte Logik und der weltanschauliche Unsinn des historischen Denkens*, GegenStandpunkt 02/2019. Online unter: <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/zur-kritik-geschichtswissenschaft>
- 3 Forum H-Soz-Kult: *Nation. Zur Rolle der Nation in der Geschichtsschreibung des 21. Jahrhunderts*, 08.09.2021. Online unter: www.hsozkult.de/debate/id/fddebate-132446
- 4 Ekaterina Emeliantseva; Arié Malz; Daniel Ursprung (2008): *Einführung in die osteuropäische Geschichte*. Zürich: Orell Füssli, S. 75.
- 5 Ebd.
- 6 Frank Grelka (18.10.2022): Rezension zu: Roland Borchers; Alina Bothe; Markus Nesselrodt; Agnieszka Wierzcholska (Hrsg.): *Das östliche Europa als Verflechtungsraum. Agency in der Geschichte*. Berlin: Metropol Verlag, 2021. Online unter: <https://www.hsozkult.de/searching/id/reb-117510>
- 7 OsteuropaInstitut, Freie Universität Berlin: *Osteuropa im transnationalen Verflechtungsraum*. Online unter: <https://www.oei.fu-berlin.de/Forschung/index.html>
- 8 Orlando Figes (2008): *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*, Sonderausgabe, Berlin, S. 92.

IDENTITÄT UND GEMEINSCHAFT IM URBANEN ZANZIBAR

KOFI
SHAKUR

Im post-abolitionistischen Zanzibar dienten Kultur und Oral History dazu, kritische Diskursräume zu errichten und sich so den kolonialen Hierarchien und Klassentrennlinien zu widersetzen.

23

Verschiedene Arten, Kultur auszudrücken und die eigene Identität zu definieren, waren hochgradig umkämpft, nachdem unter Herrschaft der Briten 1897 die Sklaverei als juristische Kategorie in Zanzibar abgeschafft worden war. In *Pastimes & Politics. Culture, Community, and Identity in Post-Abolition Zanzibar, 1890–1945* analysiert Laura Fair Gedichte, Lieder und Oral History (über Mode, Tanz, Musik und Sport). Damit zeigt sie auf, wie Identitäten gewandelt, persönliche und politische Klagen und Hoffnungen ausgedrückt und als Werkzeug zur Schaffung von Zusammenhalt oder Spaltung der urbanen Gemeinschaft genutzt werden konnten. Eine besondere Rolle nehmen in ihrer Arbeit Siti binti Saad und deren Musik ein. Noch heute ist sie eine der bekanntesten Vertreterinnen des Taarab, eines Musikgenres, das unter den Einflüssen der Instrumente und Stilrichtungen Westasiens und der breiteren kulturellen Räume des indischen Ozeans entstand. Siti binti Saad und ihre Band haben das Genre wortwörtlich popularisiert, indem sie statt auf Arabisch, das vor allem der aus Oman und teilweise aus Yemen stammenden Elite und den islamischen Gelehrten Ostafrikas vorbehalten war, auf Swahili sangen und somit einen Diskurs etablierten, der verständlich und ansprechend für die Massen war.

Siti binti Saads eigene Biografie spiegelt den Wandel, dem die Gesellschaft Zanzibars mit der formellen Etablierung des britischen Protektorates unterzogen wurde. Wie viele ehemalige Versklavte, zog es Siti binti Saad nach der Abschaffung der Sklaverei auf der Suche nach Wegen ökonomischer und persönlicher Autonomie aus dem ländlichen Hinterland Zanzibars in die Stadt. Dort gelang ihr, was vielen verwehrt blieb: »Hier war eine Frau, die über ihre ärmlichen Verhältnisse hinauswuchs und die am meisten gefeierte Musikerin in der Geschichte der Kultur der Swahili wurde. Hier war die Tochter ländlicher Sklaven, die lokal und international als kulturelle Ikone der Swahili-Zivilisation wahrgenommen wurde.«¹

Ein übergreifendes Thema sind dabei die Verhandlungen, die Aneignung und teilweise auch die Negation von *ustaarabu* – ein Begriff, der die kulturelle Nähe zu den als erstrebenswert empfundenen Werten und Traditionen der arabisch-islamischen Elite beschreibt. Während sowohl Zanzibar als auch weite Teile der ostafrikanischen Küste seit langer Zeit muslimisch waren, gab es eine eindeutige Hierarchie, die sowohl von der Omani-Elite, wie auch durch den deutschen und britischen Kolonialismus

reproduziert wurde. In dieser Hierarchie wurden ‚afrikanische‘ Muslim_innen einer kulturell niedrigeren Stufe zugeordnet. Dabei sind, wie sich im Verlaufe des Buchs zeigt, ‚afrikanisch‘ oder ‚arabisch‘ und ‚muslimisch‘ keine sich gegenseitig ausschließenden Kategorien, sondern Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. Es handelt sich zwar um Ergebnisse sozialer Dynamiken, die sich im historischen Kontext entwickelt haben, doch besonders in der Kolonialzeit wurde versucht, diese Kategorien nicht durch die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft durch ihre Kategorien zu verstehen, wobei das zugrundeliegende Interesse immer Ordnung und Stabilität waren. Vor der Abolition war es Versklavten beispielsweise nicht gestattet, Schuhe zu tragen, den Kopf zu bedecken oder sich zu verschleiern. Dadurch wurden sie davon abgehalten, mit der Einhaltung islamischer Kleiderordnung *ustaarabu* und damit Respekt zu erlangen, konnten also durch ihr Äußeres klar ihrer sozialen Position zugeordnet werden. Nach der Abolition begannen viele, sich als ‚Swahili‘ zu identifizieren, oder zählten sich später zu den indigenen Gruppen Zanzibars. Andere adoptierten arabische Familiennamen und beanspruchten so einen höheren Status. So konnten Personen und Familien über Jahre hinweg in statistischen Erhebungen als Teil verschiedener Kategorien erscheinen.

Menschen, oft ursprünglich versklavt, die nicht nur vom tanzanischen Festland, sondern häufig aus dem Kongo oder Mosambik kamen, wurden mit diskriminierenden Begriffen bedacht, die sie als unzivilisiert kennzeichneten. So kursierten Schmähgedichte, die an Siti binti Saads Herkunft erinnerten und ihre afrikanischen Gesichtszüge verunglimpften. Siti binti Saad antwortete, indem sie die Verbindung von Status mit Herkunft und Beziehungen zur arabischen Halbinsel generell in Frage stellte. Kultur, schreibt Laura Fair, war das Mittel, mit dem die lohnabhängigen Mitglieder der Gesellschaft kollektiv in politische Diskurse eingreifen konnten, während sie formell keinerlei Möglichkeiten zur Partizipation besaßen. Zudem unterstreicht sie, dass Selbstbestimmung über die eigene Kleidung, musikalische Innovationen, Boykotte oder Gefangenenbefreiungen als verschiedene Mittel des gleichen Strebens danach gelesen werden müssen, den Zugang zum urbanen Raum und dem gesellschaftlichen Leben zu verteidigen.

Mit der Abolition begannen mehr und mehr ehemals Versklavte, ihre Freiheit im Rahmen von Ethnizität festzuhalten, indem sie sich als Swahili identifizierten und so die Assoziation mit ihrer Herkunft vom Festland auflösten. Dabei spielte die Übernahme der typischen Kleidung – Kanzu und Kofia für Männer, Kanga und später Buibui für Frauen – eine bedeutende Rolle. Einige Männer begannen außerdem, über ihren Kanzus westliche Anzugjacken zu tragen. Andere experimentierten mit Hüten und verschiedenen Accessoires, während Frauen eher arabische Kleidung adaptierten. Doch gerade in Verbindung mit dem Machtmissbrauch der kolonialen Bürokratie entwickelten sich ambivalente Gefühle gegenüber den neuen westlichen Einflüssen und deren vermeintlicher Respektabilität. Besonders für vormals Versklavte war mit der traditionellen Kleidung, die ihnen vorenthalten worden war, ein neues Selbstbild verbunden. Bald gab es Beschwerden darüber, dass Sklav_innen 'respektlos' und 'ungehorsam' waren und keine 'Sklavenarbeit' mehr verrichten wollten.

In Bezug auf Landrechte versuchte Zanzibars arme Bevölkerung mit Boykotten und Streiks, Selbstbestimmung durchzusetzen. Die räumliche Trennung zwischen Zanzibars Stadtteil Ng'ambo und dem gegenüberliegenden kolonialen, von wohlhabenden Händler_innen und Sklav_innenbesitzenden geprägten Stone Town, stellte ebenfalls die soziale Spaltung der Stadt dar. Zudem war die Stadt unter zwei konkurrierenden islamischen Rechtsschulen aufgeteilt. Viele der in Ng'ambo Ansässigen kamen auf der Suche nach Arbeit vom Land. Einige von ihnen hatten sogar noch Felder, zu denen sie zurückkehrten, nachdem sie in der Stadt überschüssige Waren verkauft oder für einige Zeit zusätzliche Beschäftigung gefunden hatten. Der Boden in Ng'ambo galt nach islamischem Recht als Waqf, als unveräußerlicher Grund, dessen Profite nur für religiöse oder wohltätige Zwecke verwendet werden durften, und war zunächst zu großen Teilen zur Nutzung durch Mittellose oder ehemals Versklavte gedacht. Die Kolonialverwaltung fing jedoch zugunsten der Besitzenden an, die strikteren Regeln zur Nutzung von Waqf, welche die shafi'itische Mehrheit befolgte, mit der einfacheren zur Kommerzialisierung geeigneten Ibadhi-Auslegung omanischer Lehren auszuhebeln. Während bis dahin die ehemaligen Versklavten als unauthentische Muslim_innen galten, waren es nun sie, die im Gegenzug die Landbesitzenden als unaufrichtige Muslime brandmarkten, die ihre Profitgier über die Religion stellten.

Während also gewisse Merkmale arabischer Kultur und Zivilisation für die Armen eine symbolische Bedeutung hatten, um ihnen einen Platz in der Gesellschaft und als Personen Respekt zu verschaffen, führten die sich verschärfenden Klassenunterschiede zu einem gemeinsamen Bewusstsein und einer Abgrenzung gegenüber den wohlhabenderen Bewohner_innen von Stone Town. In Berichten wurden die zwei Viertel gar als komplett unterschiedliche Städte und „verschiedene Welten“ beschrieben.

Auch wenn ihre Familien oder sogar sie selbst noch vom Festland stammten, sahen viele Bewohner_innen Ng'ambos sich nach jahrzehntelanger Arbeit als Zanzibaris und beanspruchten das Land, auf dem sie lebten und arbeiteten, für sich. Auf verschiedenen Wegen versuchten die Bewohner_innen des Viertels, Zahlungen von Grundrente zu umgehen. Im Jahr 1928 kam es nach immer weiteren Zuspitzungen zu einem Streik, bei dem das Viertel kollektiv die Zahlung verweigerte: „Das Land gehört uns! Warum sollten wir dafür zahlen?“

Ereignisse wie dieses fanden ihren Weg in die Musik von Siti binti Saad, deren Band oft in Ng'ambo spielte. Denn die Musik wurde nicht nur von den Musiker_innen komponiert, sondern auch von den Anwohner_innen, deren Kommentare, Geschichten, Erfahrungen, Beschwerden und Wünsche in die Lieder einfließen. Nicht zuletzt wurde auch die herrschende Klassenjustiz zum Gegenstand der Kritik. Dabei wurden Gerüchte, soziale

Fragen und politische Auseinandersetzungen zum Material des kreativen Prozesses. Durch geschickte Wortspiele, welche die eigentliche Bedeutung des Gesagten verschleierten, konnte Siti binti Saad bei einem Auftritt ihrer Band im Palast des Sultans sogar dessen Herrschaft ins Lächerliche ziehen. Romantische und sexuelle Erfahrungen und Hoffnungen wurden ebenfalls in den Taarab-Songs verhandelt. Die Musiker_innen thematisierten eigene Erlebnisse, aber auch die von Nachbar_innen und fiktiven Personen im Kontext einer sich öffnenden Gesellschaft, in der Frauen Gewalt und ökonomische Abhängigkeit nicht mehr erdulden und Autonomie fernab von Polygamie und Patronage erleben wollten.

Laura Fair zeigt bildlich, wie kolonisierte Menschen jeden auch noch so marginalen Raum, der sich ihnen bot, ausnutzten, um sich Stück für Stück mehr Selbstbestimmung zu erkämpfen und neue Räume des Zusammenlebens aufzubauen. Musik und Tanz waren keine unpolitischen Freizeitaktivitäten, sondern schufen in Abwesenheit einer Möglichkeit zu politischer Teilhabe hoch politisierte Diskursräume, die von den Autoritäten schwer zu kontrollieren waren. Während die Geschichte Zanzibars vor allem durch die Linse von Klassenzugehörigkeit und Ethnizität geschrieben wurde, zeigt Laura Fair, wie sich ökonomische Verhältnisse in der Kultur niedergeschlagen haben und wie das Spiel mit ethnischen Kategorien zu einem kreativen, wenn auch tragischen Wettrennen wurde, dem anti-Schwarzen Rassismus zu entkommen. Die Tatsache, dass eine Person im Laufe ihres Lebens oder sogar zur gleichen Zeit, wenn auch zu unterschiedlichen Anlässen, 'afrikanisch' und 'arabisch' sein konnte, sollte vor der unkritischen Übernahme ethnischer Kategorien aus Kolonialarchiven in die Geschichtsschreibung bedacht werden. Sonst läuft die Forschung Gefahr, historische und soziale Prozesse zu naturalisieren und zu de-historisieren. Des Weiteren zeigt sich, dass politische Diskurse nicht nur von Kolonialadministration und Eliten, sondern ebenso im Sinne einer „Geschichte von unten“ von ehemaligen Sklav_innen, von Frauen oder Landlosen initiiert und geprägt werden können – Menschen, deren Leben und Wirken sich nicht unter 'feministische Geschichte', 'Geschichte der Sklaverei' oder 'Alltagsgeschichte' subsumieren lässt, sondern ganzheitlich verstanden werden muss. Die Geschichtsschreibung bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen der Kolonialität von Archiven und der Herausforderung, Oral History als bereits erfolgte Interpretation der Geschichte trotzdem anzuerkennen und beide im Rahmen historischer Fragestellungen miteinander in Beziehung zu setzen.

1 Alle Zitate, hier und im restlichen Text aus: Laura Fair: *Pastimes & Politics. Culture, Community, and Identity in Post-Abolition Zanzibar, 1890–1945*, 2001.

DIE ÄSTHETIK DES MÄUSEBUNKERS

**JULIA
SAVCHENKO**

Die ambivalente Rolle des imposanten, brutalistischen Bauwerks am Berliner Teltowkanal wirft nicht nur im Diskurs um seine Erhaltung Fragen auf, sondern verweist auf gesellschaftspolitische Debatten rund um Architektur und ihre soziale Bedeutung.

Während sich die diskursiven Fronten um den Betonkoloss verdichten, steht der Mäusebunker unbeirrt wehrhaft am Ufer des Teltowkanals. Das trapezförmige, mit Bullaugen ausgestattete Bauwerk, auch bekannt als Forschungseinrichtung für experimentelle Medizin, wurde 1981 von Gerd und Magdalena Hänska erbaut. Nachdem schon während der Bauarbeiten der umgehende Abriss diskutiert wurde, sollte zuletzt im Herbst 2020 sein Schicksal besiegelt werden. Jedoch bescherte ihm das neu erwachte Interesse an den Bauten des Brutalismus ein Rettungskommando aus Architekt_innen und Fans, deren Engagement zum Stopp der Abrisspläne durch das Charité führt.¹ Noch ist aber unklar, was mit ihm geschehen soll. Somit mehren sich aktuell dringliche Plädoyers, Vorschläge und Beiträge aus verschiedenen Disziplinen, die Nutzungen, aber auch die ästhetischen Qualitäten und die historische Bedeutung des Gebäudes erörtern. Gleichzeitig existieren kritische Stimmen und wirtschaftliche Faktoren, die gegen den Erhalt sprechen. Die Belebtheit der Debatte reicht alleine fast aus, um die gesellschaftliche Relevanz des Baus zu belegen.

Auch wenn Polarisierung alleine kein Qualitätsmerkmal ist, lohnt es sich, für die Diskussion der Denkmalwürdigkeit die Rezeption des Mäusebunkers miteinzubeziehen und sich zu fragen: Welchen gesellschaftlichen Wert haben die Assoziationen und Bilder, die heute mit ihm und anderen brutalistischen Bauten in Verbindung gebracht werden, wenn wir von ihrer „Ästhetik“ sprechen? Gudrun Escher erklärt im Essay „Rezeption und Vermittlung“ beispielsweise, wie der Begriff im Kontext des Brutalismus umgedeutet werden muss:

„Was besagt ‚Ästhetik‘ in diesem Zusammenhang? Damals zum Ende der nur noch als Stillstand empfundenen Nachkriegsära stand bei einer zukunfts hungrigen Jugend die ‚Umwertung aller Werte‘ auf der Agenda. Da war für überalterte Begriffe wie Stil kein Platz und genauso wenig für Ästhetik im landläufigen Sinne von ‚Schönheit‘, nein, Ästhetik sollte, wenn überhaupt, im Wortsinn als ‚Wahrnehmung‘ verstanden werden. Wahrnehmung aber erfordert Hingabe, Achtsamkeit, Aufmerksamkeit.“²



ÄSTHETIK DER INNOVATION ODER ÄSTHETIK DES UNTERGANGS?

Die Einzigartigkeit des Mäusebunkers wird auch innerhalb des eigenen brutalistischen Kanons immer wieder betont. Im Allgemeinen steht Brutalismus lediglich für sichtbare Betonfassaden und Konstruktionen und somit eine Architektur, die möglichst authentisch zu sein versucht. Die Expressivität wird den Baumaterialien überlassen. Während der Ursprung in den 50er Jahren bei Le Corbusier und Ludwig Mies van der Rohe liegt, die beide aufgrund ihrer Nähe zum Nationalsozialismus in der Kritik stehen, wird er heute vor allem mit sozialistischen Plattenbauten in Verbindung gebracht. Dabei ist er mit einem Wohnbau, der mehr Wert auf Schnitt des Wohnraums als auf die Fassade legt oder neuartige kollektivistische Wohnkonzepte präsentiert, genauso vereinbar wie mit skulpturalen Betonungetümen oder Villen, die aufwändige Instandhaltung erfordern. Alle haben sie jedoch gemein, dass sie polarisieren: Denn die konstruktive Ehrlichkeit legt Dinge offen, die manch einer nicht unbedingt sehen will.

Im Fall des Mäusebunkers, der eher vom Wetteifer des kalten Krieges zeugt, gesellt sich aufgrund seiner spezifischen Nutzung zu den typischen soziopolitischen, ästhetischen Fragen des Brutalismus auch die nach einer Architektur der Wissenschaft und Technik. Zum Entstehungszeitpunkt dieser Architektur bestanden bestimmte Vorstellungen von den Möglichkeiten experimenteller Medizin, die sich von den heutigen unterscheiden. Wir stehen einem Gebäude gegenüber, dessen einziger Zweck das Experimentieren an lebendigen Tieren und ihre von der Außenwelt isolierte Aufzucht war. In seiner Gestalt unternimmt es keinerlei Versuche, diesen Umstand zu verschleiern. Eine Reportage der Zeitschrift GEO beschreibt, wie Nutzung und Atmosphäre ineinandergreifen: „Hier können Katzen in die

atmosphärischen Verhältnisse einer Höhe von 8000 Metern versetzt und Hunde keimfrei entbunden werden, hier leben Affen kameraüberwacht und Ratten in Isolator. Der Arbeits-Alltag in den ZTL [Zentralen Tierlaboratorien] ist von kalter Vernunft und kühler Architektur beherrscht. Voller Türen, Schleusen und emotionsloser Vokabeln.“³

Paradoxerweise ist genau dies ein Argument für den Erhalt des Mäusebunkers: Das Gebäude zwingt uns unmittelbar darüber nachzudenken, welche Stellung der Mensch in der Welt einnimmt. Als das Bauprojekt 1971 begann, keimte zeitgleich zur architektonischen Aufbruchstimmung der Nachkriegsmoderne in Deutschland gerade erst ein Bewusstsein für die ökologische Verantwortung der Wissenschaft und Forschung auf. Themen wie Atommüll, Tier- und Umweltschutz – Problematiken, die durch technischen Fortschritt überhaupt erst entstanden oder sich intensivierten – wurden nur langsam zum Diskussionsgegenstand.

Heute kann man kaum von einer Verbesserung der Lage sprechen. Zwar ist mit den Möglichkeiten auch das Feld der Wissenschaftsethik erweitert worden, jedoch hat diese uns nicht davor bewahren können, uns am Rande einer globalen Katastrophe wiederzufinden. Nun stehen wir vor einer anderen Frage: Kann technischer Fortschritt die Probleme lösen, die er in diesem Kontext überhaupt erst ermöglicht hat? In jedem Fall besteht nun ein gesellschaftliches Klima, in dem die Übermachtstellung des Menschen in der Natur zum Zwecke wirtschaftlichen Wachstums, die der Mäusebunker in seinem Zweck und seiner Gestalt verkörpert, auf radikale Weise infrage gestellt werden und in der ein bunkerförmiges Tierlaboratorium eine neue Art von Schatten wirft.

DIE ROLLE VON BRUTALISMUS IN FILM UND MEDIEN

Viele der Bilder, die der Mäusebunker evoziert, stammen aus der Unterhaltungsindustrie, welche sich der apokalyptischen Grundstimmung des frühen 21. Jahrhunderts kaum entziehen konnte. Eine große Rolle spielten hierbei auch Pionierwerke japanischer Animation aus den 90er Jahren wie *Akira* (1988, Ootomo) und *Ghost in The Shell* (1995, Oshii), in denen die Implikationen technischen Fortschritts erörtert werden. In den Kulissen findet man oft Gebäude, die den Betonungetümen aus den 70er Jahren nicht unähnlich sehen und zwischen denen sich der Mäusebunker ohne Probleme eingliedern ließe. Das Thema der Kulisse wird von Stefan Riekes in einer Sammlung zu diesem Thema erarbeitet, in welcher er Mamoru Oshii zitiert: „Im Laufe der Jahre habe ich erkannt, dass es die stille Welt hinter den Figuren ist, in der der Regisseur seine Kernvision vermitteln muss. [...] Die Hintergründe sind die Realitätsvision des Regisseurs.“⁴

Die Welt, die im Hintergrund gezeigt wird, kommuniziert also die Kernvision der Regisseur_innen. Welche Welt wird mithilfe von Sichtbeton und der kantigen Formen des Brutalismus konstruiert? Ist diese Welt, so wie auch der Stil oft als kalt, unwirtlich, hässlich und schlecht alternd beschrieben wird, die dystopische Vorahnung eines technischen Fortschrittsoptimismus, der seine dunkle Seite offenbart?

Earl Jackson Jr., erklärt im Vortrag *Cogito Ergo Proxy: Radical Doubt in Japanese Anime* wie solche Werke die Bildsprache ausnutzen, um das Publikum einer ähnlichen Ungewissheit zu unterwerfen, wie sie die technischen Neuerungen in der fiktiven Welt auslösen.⁵ Auch die Umgebung trägt offensichtlich dazu bei. Somit kann man die gebaute Umwelt als eine Art Resonanzfläche der abgebildeten Gesellschaft sehen – einer Gesellschaft, die durch technische Entwicklungen in Konflikte gerät, deren Konsequenzen nicht überschaubar sind.

Wenn wir den Mäusebunker heute betrachten und versuchen, die vielfältigen Reaktionen auf das Gebäude einzuordnen, sind viele davon durch das Science-Fiction-Genre geprägt. Des Öfteren wird es mit einem Sternzerstörer-Raumschiff aus *Star Wars* verglichen⁶ und auch militärische Assoziationen bleiben nicht aus. Auch das Spiel *Cyberpunk 2077* enthält dem Mäusebunker nicht unähnliche Bauten – der Brutalismus ist hier kein Sinnbild für den Sozialismus, sondern scheint sich auch als universelle Ästhetik negativer Zukunftsvisionen etabliert zu haben, die von Entfremdung und Plattformkapitalismus beherrscht sind. Diese Assoziationen sind hier nicht nur formal-ästhetischer Natur, denn der Bau bietet aufgrund seines makabren Hintergrunds die Möglichkeit, eine dystopische Architekturalterität in der Realität zu erleben. So wie die Fiktion oftmals versucht, in den unmenschlichen Welten das Menschliche zu finden, kann man es hier in einem realen Gebäude suchen.

REZEPTION IM WANDEL

Das Eindringen von brutalistischen Stilelementen in das allgemeine Ästhetikbewusstsein könnte eine der Ursachen für deren neu aufkeimende Beliebtheit sein, wie auf der Webseite „Rettet den Mäusebunker!“ beschrieben wird: „Die Auseinandersetzung mit Brutalismus beschäftigt nicht mehr nur Denkmalpfleger und Architekturhistoriker, sondern ist auch Thema von Kunst, Design, Popkultur und Social Media. Neben einschlägigen Tumblr- und Instagram-Accounts ist vor allem die Facebook-Gruppe der ‚Brutalism Appreciation Society‘ zum wahren Internetphänomen geworden.“⁷

Jedoch wird der Hype um die Architektur auch infrage gestellt: Die brutalistischen Gebäude „[...] waren tatsächlich nie gebaute Zukunft, sondern lediglich Zukunftsvisionen von Architekten: geschätzt, respektiert und gelobt vor allem von Vertretern der Zunft. Als gebaute Realität unter dem Vorzeichen des Brutalismus wurden und werden sie – bis auf einige herausragende Bauwerke – von einer Mehrheit der Bürger abgelehnt“, schreibt Uwe Kamman und stimmt damit Architekturkritiker Wolfgang Peht zu, der den Brutalismus als eine „Architektur für Architekten“ bezeichnete.⁸

Während diese Kritik durchaus ihre Berechtigung hat und es insbesondere zu hinterfragen gilt, was genau hinter den vielzitierten Begriffen Ehrlichkeit und Authentizität steht, so legen die Tatsachen nahe, dass das Interesse am Brutalismus sich mittlerweile weit über elitäre Diskurse in Fachkreisen ausgedehnt hat. Dies hat neben sich wandelnden ästhetischen Vorstellungen noch andere, der Architektur inhärente Gründe.

Zum einen ermöglicht der Brutalismus in seiner Reduktivität eine Identifizierung, für die kein besonderes Wissen um Architekturgeschichte oder Formalismen nötig ist. Die Expressivität des Baus mag vielleicht nicht immer positiv, so doch immer irgendwie verstanden werden, was das breite Spektrum an Reaktionen beweist. Gerade die Suche nach neuen, aufs Wesentliche reduzierten Ausdrucksformen mit dem frei formbaren Beton hat Bauten ermöglicht, die auf direktere Weise kommunizieren als viele andere Ausprägungen der Moderne (und erst recht der postmodernen Architektur). Somit wird hier der Diskurs auf seltsame Weise demokratisiert.

Zum anderen spricht die These, diese Architektur könne wegen ihrer dem konservativen Bild von Schönheit und Funktionalität nicht entsprechenden Ästhetik nur von Fachkreisen geschätzt werden, dem Laienpublikum ab, meta-ästhetische Aspekte von Gebäuden wahrzunehmen. Der öffentliche Diskurs beweist klar das Gegenteil: Viele Menschen fühlen eine besondere Bindung zu den Betonungetümen, die vielleicht auch für sonst selten zu findende Hoffnungen stehen, während andere nicht müde werden, sie zu beschimpfen. Jedenfalls kommt die polarisierende

Wirkung nicht daher, dass die Gebäude nicht verstanden werden oder in ihrer Funktionalität durchweg ‚schlecht‘ sind - eher noch, dass sie stellvertretend für Weltbilder, Ängste und Sehnsüchte stehen, die auf ihnen als Projektionskörper umkämpft werden.

Brutalistische Architektur im Allgemeinen und solche, die als ‚düster‘ oder ‚unheimlich‘ wahrgenommen wird im Besonderen, spricht vielleicht dasselbe Bedürfnis an wie jenes, das für die Popularität des Dystopie-Genres verantwortlich ist – eine Faszination mit dem Spektakel des eigenen Untergangs. Vielleicht ist es aber auch in Zeiten des Informationsüberflusses und visueller Überreizung einfach wohltuend, eine großflächige Betonfassade zu sehen. Moderne Phänomene der Entfremdung, Desillusionierung und ein neues Misstrauen in die Zukunft stützen diese Faszination. Der Brutalismus erscheint uns so ungeohnt ehrlich.

Mit den erhaltenen Bauwerken der Betonmoderne finden wir uns in einer Baulandschaft wieder, die uns sowohl als Träger hoffnungsvoller Utopien bekannt ist, als auch Assoziationen vom Scheitern dieser weckt: An dieser Stelle ist auch die Frage nach Schönheit und Ästhetik zu komplex, um eine reine Formsache zu bleiben. Es sind nicht nur positiv belegte Welten, die in Schalung gegossen werden, und doch sind sie mehr als eine bloße Kulisse. Jürgen Tietz beschreibt in einem Plädoyer für den Maßstab des Brutalismus, wie die im Kontext brutalistischer Bauten erarbeiteten Debatten über Wohn- und Lebensformen sich mehr denn je in städtebaulicher Planung und in Genossenschaften und Baugruppen wiederfinden.⁹ Auch, wenn sich Vorstellungen diesbezüglich gewandelt haben, muss immer wieder auf das brutalistische Erbe zurückgegriffen werden, um etwa seine Effektivität im Kontext kollektivistischer Wohnformen zu untersuchen und daraus zu lernen.

Nicht zuletzt scheint es gerade die viel diskutierte Hässlichkeit der grauen Kolosse zu sein, die sie nahbar erscheinen lässt. Dies ist keine Architektur, die von einem hohen, steinernen Podest auf uns herablickt oder durch kühne gläserne Konstruktionen Schwindel erregt. Sie steht einfach da, in ihren ganzen Ausmaßen, ihrer Schwere und Nachdenklichkeit – manchmal etwas fremd und ungeschickt. Doch wer fühlt sich nicht zuweilen selbst so?

WAS HEISST DAS FÜR DEN MÄUSEBUNKER?

Um die Denkmalwürdigkeit der ‚Forschungseinrichtung für experimentelle Medizin‘ beurteilen zu können, muss erörtert werden, inwiefern das Gebäude sowohl typisch für seine Zeit als auch in seiner Weise einzigartig ist. Sofern es darum geht, ein möglichst breites Spektrum an Spielarten der Nachkriegsmoderne zu bewahren, müssen die dafür gewählten Bauten eine stellvertretende Funktion erfüllen.

Die Einzigartigkeit der Nutzung des Mäusebunkers und die Konsequenz seiner Gestalt bedingt hier, dass der für den Brutalismus typische Zwiespalt der Rezeption in extremer Form hervortritt. Uwe Kamman, beschreibt ferner „das oft Gefängnishafte, blockhaft Geschlossene, Festungsartige der Gebäude“¹⁰ – unabhängig von der Wertung dieser Eigenschaften kann der Mäusebunker hier als Symbolbild angeführt werden, bildete er doch seinerzeit tatsächlich ein lebenslanges Gefängnis für Versuchstiere. Mit seiner nun obsoleten Funktion, die ihm wohl immer als Assoziation anhaften wird, trifft der Mäusebunker mitten ins Herz der Brutalismusdebatte. Er löst einerseits eine zur Empörung gesteigerte Ablehnung seiner Gestalt, Funktion, Raumkonfiguration und Entstehungsbedingungen aus und bietet zum anderen eine architektonische Ausdrucksform, die heute nicht mehr möglich wäre.

Wie wäre sich nun dem Gebäude anzunähern, was sollte der Umgang damit für die Zukunft transportieren? Die Skepsis an seinen Entstehungsbedingungen hat in jedem Fall einen berechtigten Platz im Diskurs, da sich die gesellschaftliche Grundhaltung im Hinblick auf Umweltverantwortung stark gewandelt hat und der Zeitgeist eine sensiblere Herangehensweise fordert. Zugleich kann der Bau sowohl als Mahnmal als auch als formal-ästhetischer Auslöser für Vorstellungswelten dienen, die selbst dem Thema des technischen Fortschritts entsprungen und von greifbarem Wert sind. Man könnte fast sagen: Wenn ein intelligenter Umgang mit dem Mäusebunker gelingt, so wäre das ein Einblick in den möglichen Umgang mit einer Welt, die sich immer mehr den Realitätsvisionen unserer Dystopien annähert – denn ihr könnten wir ohnehin nicht mit der Abrissbirne begegnen.

- 1 Gunnar Klack: *Artikel für die Stiftung Denkmalschutz Berlin*, 30.07.2019. Online unter: <http://xn--musebunker-q5a.de/artikel-fur-die-stiftung-denkmalschutz-berlin/>
- 2 Gudrun Escher: „Rezeption und Vermittlung“, in: Christa Reicher; Jürgen Tietz; Yasemin Utku: *StadtBauKultur NRW: Big Beautiful Buildings. Die Nachkriegsmoderne im europäischen Diskurs*, Dortmund: Verlag Kettler, 2019, S. 59.
- 3 Peter-Matthias Gaede: *Ein Platz für viele Tiere*, in: GEO. Nr. 11. Gruner + Jahr, Hamburg 1984, S. 148–170.
- 4 Stefan Riekeles: *Anime Architecture. Imagined worlds and endless megacities*, New York: Thames & Hudson, 2020, S. 120.
- 5 Vgl. University of Michigan Center for Japanese Studies: *Radical Doubt in Japanese Anime*, YouTube, 4:13. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=HLqVvk4PRN6g>
- 6 Vgl. Klack 2019. [S.o.]
- 7 Vgl. Ebd.
- 8 Uwe Kammann: „Graue Theorie, Traurige Realität“, in: Christa Reicher; Jürgen Tietz; Yasemin Utku: *StadtBauKultur NRW: Big Beautiful Buildings. Die Nachkriegsmoderne im europäischen Diskurs*, Dortmund: Verlag Kettler, 2019, S. 81.
- 9 Vgl. Jürgen Tietz: „Big.Beautiful.Building(-s)“, in: Christa Reicher; Jürgen Tietz; Yasemin Utku: *StadtBauKultur NRW: Big Beautiful Buildings. Die Nachkriegsmoderne im europäischen Diskurs*, Dortmund: Verlag Kettler, 2019, S. 63.
- 10 Kammann 2019, S. 81.



OUR SHARE OF THE WEIRD AND THE EERIE

RONJA
ARNDT

Wer sich aus einer linken Perspektive mit Popkultur, insbesondere dem Horror-Genre beschäftigt, kann sich auf Mark Fishers Theorie verlassen. Das neueste Buch der argentinischen Autorin Mariana Enríquez lädt dazu ein, diese Konzepte hervorzuholen.

„The allure that the weird and the eerie possess is not captured by the idea that we 'enjoy what scares us'. It has, rather, to do with a fascination for the outside, for that which lies beyond standard perception, cognition and experience.“¹

Verschiedene Formen des Horros, von Videospielen und TV-Serien wie *The Last Of Us* über bekannte Filme wie *The Shining* bis hin zu den Büchern H.P. Lovecrafts, üben eine unheimliche Faszination auf Menschen aus. Unheimlich meint an dieser Stelle sowohl ein Unheimliches im Sinne der Intensität der Faszination, die sich beispielsweise an den ausschweifenden literarischen und filmischen, aber auch musikalischen Inszenierungen des Unheimlichen (*the uncanny*) erkennen lässt, als auch ein Unheimliches im Sinne Sigmund Freuds: Unheimlich, das ist das Unbekannte im Vertrauten, es ist jenes, was nicht in das gewohnte Bild eingeordnet werden kann². Es ist jenes, was wir im uns bekannten Raum nicht festmachen können, während uns alles darum herum so geläufig erscheint.

Die Zusammenhänge zwischen dem Unheimlichen und Räumlichkeit sind dabei natürlich vielschichtig. Während Freud das Unheimliche in dem uns Bekannten verortet, legt Fisher den Fokus auf ein unbekanntes Außen, das in unsere Realität eindringt. Wie Fisher im eingangs verwendeten Zitat hervorhebt, ist unser Interesse am Unheimlichen durch seine Lokalisierung außerhalb unserer Normalität gegeben. Ihren Horror erlangen sowohl das Seltsame (*the weird*) als auch das Gespenstische (*the eerie*) durch ihr Existieren im Außen. Das Seltsame besteht in der Verbindung des Vertrauten mit jenem, was dort nicht zu sein hat. Erkennbar wird dies im Moment der Montage von zwei Dingen, welche nicht zusammengehören. Das, was nicht zugehörig ist, dringt von außen in das Familiäre hinein, wie es in den Werken H.P. Lovecrafts der Fall ist. Fisher arbeitet heraus, wie das Seltsame in Form von erdachten Monstern über unsere Welt hereinbricht und die vertrauten Räumlichkeiten in Frage stellt. Denn durch den Kontakt mit dem Unheimlichen, ob es nun das Seltsame oder das Gespenstische sein mag, erlangen wir einen neuen Blick auf das uns Vertraute durch das Ins-Verhältnis-Setzen mit dem Unbekannten, von außerhalb Kommenden.

Auch das Gespenstische ist mit dem Außen verbunden. Im Unterschied zum Seltsamen jedoch handelt das Gespenstische vielmehr vom Versagen von An-/Abwesenheit (*failure of presence/*



absence). Das Versagen von Abwesenheit verdeutlicht Fisher mit dem Beispiel des Schreis eines Vogels, der die hörende Person spüren lässt, dass mehr hinter dem Schrei steht als der gewöhnliche Schrei eines Vogels. Dagegen zeigt sich das Versagen von Anwesenheit, wenn etwas fehlt, was eigentlich Teil des Vertrauten sein sollte. Dieses Fehlen wird begleitet von der Frage danach, was es denn ist, das fehlt. In jedem Falle des Versagens steht die Frage nach Handlungsfähigkeit (*agency*) im Zentrum: Das Versagen der Abwesenheit wirft die Frage auf, ob es überhaupt eine Handlungsfähigkeit gibt, während dies beim Versagen der Anwesenheit bereits geklärt ist, jedoch weiterhin unsicher bleibt, welche Absicht hinter der Handlung steht.

In seinem Buch *The Weird And The Eerie* weist Mark Fisher beide Erscheinungen anhand zahlreicher popkultureller Erzeugnisse nach und verschafft damit theoretisch geschärfte Einblicke in verschiedene literarische, musikalische und filmische Produkte der Kulturindustrie. Sein Ansatz bietet Möglichkeiten, das Unheimliche an einem anderen Ort weiterzuverfolgen. Jenseits von den bekannten, vor allem westlichen Werken des Horrors von Lovecraft über Daphne du Maurier bis hin zu David Lynch oder auch Stephen King, entwickelt sich eine eigene Tradition des Schreibens zum Unheimlichen in Argentinien. So sind zum Beispiel Agustina Bazterrica und Samanta Schweblin Namen, die aus diesem Kontext nicht mehr wegzudenken sind. Beiden Autorinnen gelingt es, Horror als Spiegel(-ung) der politischen Situation in Argentinien zu zeichnen, ohne dabei in plumpe, überholte Stereotype zu verfallen. Stattdessen schaffen sie es, eine differenzierte und vor allem auch feministische Analyse vorzulegen. Insbesondere Mariana Enríquez stellt dabei bekannte Horrorkultur in den Schatten: Ihre Bücher zeichnen sich nicht nur durch ein präzises Einfangen des politischen Geschehens aus, sondern sie schafft es, die Grenzen des Genres zu überschreiten.

Immer wieder nennt Enríquez Stephen King als einen der großen Einflüsse auf ihr Schreiben: „Everything I learned about blending reality and horror, I learned from Stephen King.“³ Ähnlich wie King erschafft Enríquez Geschichten, welche im alltäglichen Leben angesiedelt sind und dabei mit dem Unheimlichen verschwimmen. Während King jedoch ohne Zweifel auf verschiedenen Ebenen zu kritisieren ist, beispielsweise für den seinen Geschichten inhärenten Sexismus sowie Rassismus, bietet Enríquez einen Ansatz, der bestehende Machtverhältnisse deutlich kritisiert – und zeigt dabei das Potenzial zeitgenössischer Horrorliteratur auf. Diese Schlagkraft wird deutlich, wenn wir Fishers Theorien des Unheimlichen, Seltsamen und Gespenstischen auf Enríquez Werke übertragen. Lediglich zu erwähnen, dass ihr neu erschienener Roman *Our Share Of Night* unter anderem zu Zeiten der letzten Diktatur Argentiniens spielt, würde nur an der Oberfläche kratzen. Mit Fishers kritischer Theorie wird deutlich, weshalb Enríquez eine derart revolutionäre Rolle im Horrorgenre einnimmt.

Auf den ersten Blick scheint es, als wäre es das Seltsame, das Enríquez unheimliche Erzählungen prägt – die Präsenz von etwas Unbekanntem, Monströsem an vertrauten Orten. Der Roman *Our Share Of Night* wird bevölkert von Geistern, Wiedergängern und Dämonen und man könnte geneigt sein, an diesem Punkt stehenzubleiben, und Enríquez auf eine gelungene Präsentation des Seltsamen mit einem Schwerpunkt in lokalen Mythen und Legenden zu reduzieren. Ebenso würde die Lovecraft'sche Schilderung eines ominösen Kultes zunächst zu dieser Interpretation passen. Es sind jedoch nicht einfach die Monster, die von außen in das uns Vertraute eindringen. Enríquez schafft gerade in diesem Roman viel mehr.

Wir folgen der Geschichte eines Vaters und Sohnes, Juan und Gaspar, beide Medien⁴ mit Verbindung zur einer anderen Welt, über einen Zeitraum von grob zwanzig Jahren – in der Zeit der argentinischen Diktatur von 1976 bis 1983. In einem Text zum Unheimlichen und auf einen Roman E.T.A. Hoffmanns verweisend bemerkte Sigmund Freud einst treffend: „Der Inhalt des Romans ist zu reichhaltig und verschlungen, als daß man einen Auszug daraus wagen könnte.“⁵ Ebenso verhält es sich mit Enríquez' Roman. Es ist nun nicht das Seltsame, was Enríquez Erschaffung des Unheimlichen kennzeichnet. Vielmehr ist dafür zu plädieren, das Gespenstische als zentrales Motiv zu verstehen. Hierfür ist ein (zumindest rudimentäres) Verständnis argentinischer Geschichte notwendig und Enríquez wäre nicht Enríquez, wenn sie es nicht schaffen würde, den Lesenden dieses zusammen mit ihrer eigentlichen Erzählung an die Hand zu geben. Sie selbst sagt dazu: „I try to be near the reader, near the media: if I have to give you a history lesson, it's not a problem.“⁶ Und diese Geschichtsstunde findet nicht nur im wörtlichen, sondern auch übertragenen Sinne statt.

Während Enríquez im Verlaufe des Romans immer wieder den Einfluss der Diktatur auf den Alltag schildert, wird für die Lesenden deutlich, weshalb diese Zeit oft als die schlimmste Epoche der argentinischen Geschichte beschrieben wird. Es stechen insbesondere die Geschichten der zahlreichen unter der Diktatur Verschwundenen hervor. Es ist unerlässlich, diesen Teil der argentinischen Geschichte auszuführen, um die Militärdiktatur für Lesende greifbar zu machen. Bereits die argentinische Redewendung ‚Sie wurden verschwunden‘ reißt den brutalen Charakter dieser Geschehnisse an. Enríquez skizziert die Bestialität mit den Handlungsstrang eines geheimen, Lovecraft'schen Ordens, welcher Personen verschwinden lässt und grausam zurechtet. Diese Parallele ermöglicht es, die Gewalt der Diktatur aufzuzeigen, und ermöglicht zugleich Enríquez' Kunstgriff: Beinahe beiläufig begegnen wir den Verschwundenen der Diktatur im Verlauf der Geschichte und beobachten sie als Geister im Aufeinandertreffen mit Juan und Gaspar.

Das Versagen ihrer Anwesenheit im realen Sinne stellt die Frage nach der Absicht hinter der Handlung, eine Frage nach Sinn und Zweck des Terrors – die unbeantwortet bleiben muss, und damit das Unheimliche noch verstärkt. Das Versagen in der Anwesenheit als Geister wiederum stellt die Frage nach der Handlungsfähigkeit an sich, die Frage danach, was Menschen während einer grausamen Diktatur zu tun übrig bleibt. Die Vermischung von Horror und realer Geschichte ermöglicht es Enríquez, den Schrecken menschlicher Existenz nachzuspüren. Durch ihre Beschreibung des geheimen Ordens und seinen grausamen Methoden, sowie seinem Einfluss auf jeden einzelnen Lebensbereich seiner Mitglieder, wird das allumfassende Moment der Diktatur für Lesende spürbar. Das Außen dringt auf mehrerlei Art in das Familiäre ein und wird unheimlich, also zum Gegenteil des heimlichen Zuhauses – wie bereits Freud erklärte. Gerade in dieser Verbindung liegt die unfassbare Stärke Enríquez: Ihre Anwendung des Gespenstischen wird in exzellenter Horrormanier ausgeführt und gleichzeitig auf eine politische Ebene gehoben. Damit beweist sie, welches Potenzial im Horrorgenre für eine linke Kritik der herrschenden Verhältnisse liegt.

Es wäre zu schön, wenn noch die Möglichkeit bestünde, auf ein Gespräch zwischen Mark Fisher und Mariana Enríquez zu allerlei unheimlichen Dingen zu hoffen. So bleibt es an der Stelle nur bei der Spekulation, wie ein solches Aufeinandertreffen hätte aussehen können. Bereits hieran werden nicht nur die individuellen Stärken beider Autor_innen in ihren Analysen deutlich, sondern auch die Möglichkeiten eines Genres wie dem Horror hinsichtlich einer politischen Perspektive: Die Verblendung von Realität und Fiktion ermöglichen tiefgehende Analysen der real existierenden Grausamkeiten und finden Worte, wofür es keine Worte gibt.

- 1 Mark Fisher (2016): *The Weird And The Eerie*. Repeater, S. 8.
- 2 Vgl. dazu: Sigmund Freud (2020): *Das Unheimliche*. Reclam.
- 3 Mariana Enríquez, Anthony Cummins: *I don't want to be complicit in any kind of silence*. 01.10.2022. Online unter: <https://www.theguardian.com/books/2022/oct/01/mariana-enriquez-our-share-of-night-i-dont-want-to-be-complicit-in-any-kind-of-silence>
- 4 In diesem Kontext bezieht sich ‚Medium/Medien‘ sich auf Personen, welche Verbindungen zu übernatürlichen Kontexten haben.
- 5 Freud (2020: o.S.)
- 6 Enríquez, Cummings (2022).

„FÜR DIE REVOLUTION ZU KÄMPFEN IST LIEBE“



EMILIA
STEMMLER

Nia 2161 hat Wut im Bauch und radikale softness für ihre comrades im Herzen. Im Interview spricht Nia 2161 über die Wichtigkeit von space für sich allein, dem Support von organisierten Genoss_innen, und was sich in der Musikindustrie ändern muss, um endlich Raum für revolutionäre, schwarze FLINTA zu machen.

Unter einem deiner Instagram-Posts steht: "We all have our purpose in this revolution and this is mine." Was ist dein purpose und wie hast du ihn gefunden?

Ich musste mainly dem folgen, was um mich herum passiert ist und einfach annehmen, wo ich gelandet bin. Ich hab' das Gefühl, dass mein Leben mich leitet. Auch meine Vorfahren spielen da eine Rolle. Was mich inspiriert hat, waren auch meine Eltern, oder andere revolutionäre Rapper_innen. Meine Eltern haben schon vor meiner Geburt um die Wette gerappt, zu CL Smooth und anderen richtigen oldschool Rappern. Tupac war Teil meines Aufwachsens. Dass das mein purpose ist, ist so gekommen. Ich habe einfach Parts hochgeladen und dann konnte ich Singles machen, konnte eine EP machen, konnte auftreten. Was es dann natürlich nochmal deeper macht, ist, wie meine comrades es fühlen, was meine Musik denen bedeutet.

Wie wichtig sind dir Genoss_innen beim Texte schreiben und Musik machen?

Wenn organisierte Genoss_innen meine Musik nicht feiern würden, würde ich vielleicht auch gar nicht von so einer Art purpose reden. Mir bedeutet es sehr viel, dass nicht nur irgendwelche liberals zum Nachdenken angeregt werden, sondern dass Leute, die politisch organisiert sind, daraus etwas ziehen können.

Musst du dich manchmal auch rausnehmen und in dich reinhören, um Tracks produzieren zu können?

Ja, das ist wichtig und ich merke, dass es mir manchmal schwerfällt, mir Zeit für mich zu nehmen. Aber das hat auch damit zu tun, dass allein sein gar nicht so gut ist, und ich auch eine lange Zeit zu viel allein war. Das lerne ich auf jeden Fall noch, mir space zu nehmen — für mich selbst, und da irgendwie eine Mitte zu finden mit community und mit meiner Kunst.

Wie schaffst du es, kapitalistische Verwertungslogik aus deiner Musik rauszuhalten?

Vor allem im Produktionsprozess arbeiten mein Producer und ich fast komplett ohne Deadlines. Das hätte sich verändert, wenn ich bei einem kleinen Label signed wäre. Klar hätte man manchmal gerne Unterstützung, um dem nachzukommen,

was so einer Rapfigur heutzutage gerecht wird. Aber das würde auch bedeuten, genau dieser Verwertungslogik zu folgen: Was für Zahlen bringe ich dann, was macht das mit mir selbst und wofür steht dieses Label, unter dem ich dann arbeite? Wenn es politisch auseinanderght bei bestimmten Themen, dann funktioniert es auch nicht. Ich kann nicht sagen, ich setze mich jetzt hin, schreibe einen Text und nehme mir irgendein Thema raus. Es muss natürlich sein und ich muss die Zeit für mich selbst haben. Das Ziel war auch nie der Mainstream, sondern Leute erreichen, die es gebrauchen können. Klar hilft für viel Reichweite ein ausgefeilter Marketingplan — aber ich weiß, ich kann gerade nicht mehr erwarten, als dass Leute, die meine Musik finden und hören sollen, sie finden und hören. Das ist vielleicht dieses Vertrauen in den purpose und das Wissen über das Business.

Hättest du bei einem Label mehr Druck? Oder müsstest du dich deradikalisieren?

Ich denke, das kommt darauf an, wo du dann signst. Aber ich glaube, es gibt kein so stabiles Label, das mich komplett tragen würde. Der Druck ist automatisch da, weil man auch überlegt, irgendwann mal zu features. Mit wem kann man zusammenarbeiten? Vor allem schrecken auch gesigte Leute vor Radikalität eher zurück. Und deswegen denke ich mir: Ich bin schon verummmt, dann kann ich auch zu 100 Prozent für das einstehen, woran ich glaube.

Hast du Feature-Anfragen bekommen, bei denen du deshalb keinen Bock auf den Part hattest?

Das waren tatsächlich meine Anfänge. Vor vielen, vielen Jahren habe ich schon einmal versucht, in der Rap-Szene Fuß zu fassen und ich kannte ein paar Süd-Berliner Rapper. Die fanden das, worüber ich schon damals gesprochen hab, nicht wichtig. Sie haben mir zwar die Möglichkeit gegeben zu partizipieren, aber nur als die Alte, die auf dem Rücksitz... Ich habe das erst auch ein bisschen mitgemacht. Aber *at some point* habe ich gemerkt, dass das eigentlich überhaupt nicht das ist, was ich will, was Leute zum ersten Mal von mir hören. Weil ich die Ressourcen sonst nicht hatte, dachte ich, ich muss Rap deswegen auch sein lassen. Ich bin so froh, dass es jetzt anders gekommen ist.

Wie kam es anders?

Ein comrade von mir hat 2020 einfach gesagt, lad' jetzt dieses Video hoch, lad' hoch, wie du rappst. Er hat mich nicht gezwungen, aber er hat mich schon doll gepusht. Ich hätte es von mir aus nicht noch einmal versucht.

Ist es in der deutschen Musikindustrie nochmal schwerer, vor allem für schwarze FLINTA, sich Sichtbarkeit zu erkämpfen?

Ja, sowieso. Vor allem die Leute, die in der Szene schon Fuß gefasst haben, können bestimmen, welche Inhalte und was für Menschen als Nächstes kommen. Wenn die andere Vorstellungen haben, können sie schon aktiv Menschen unterdrücken im business. Wenn du in deiner Familie Geld hast und revolutionäre Musik machen willst, kannst du es einfacher machen. Du kannst Videos dropfen, Leute bezahlen. Zeig mir in Deutschland radikale schwarze Rap-Artists.

Du nutzt verschiedene Samples auf deiner Platte, die auf schwarzen Aktivismus, die Black Panther Party und politische Kämpfe eingehen. Wie fügt sich für dich die Musik in deinen politischen Aktivismus ein?

Also, meine Musik ist probably Aktivismus in a way. Ohne politisch organisiert zu sein, könnte ich meine Musik, wie ich sie jetzt mache, gar nicht machen. Wir hassen nämlich Poser. (lacht)

War das für dich von Anfang an Priorität oder ist das durch deine zunehmende Politisierung immer wichtiger geworden?

Auf jeden Fall ist das wichtiger geworden. Früher hatte ich nicht so viel Theorie-Wissen. Damals habe ich gespürt, irgendwas läuft komplett falsch, aber ich konnte es nicht richtig in Worte fassen. Ein paar Rapper_innen gab es damals schon in Deutschland, die ein bisschen immer Musik von unten gemacht haben. Aber die haben auch immer den Fehler gemacht, nicht auf eine mögliche Revolution hinzuweisen. Es fehlte dieser Lösungsweg, das war eher ein Abfinden. Ich glaube, dass Theorie-Wissen ein bisschen hilft und auch mir geholfen hat.

Was hat dir dabei geholfen, Zugänge zu diesem Wissen zu finden?

Ich glaube, was mich dahin geleitet hat, war Pan-African-Knowledge. Mein Dad hier hat viel Reggae gehört, da wird viel Wissen transportiert über den Kolonialismus. Sachen, die uns in der Schule jedenfalls nicht gesagt wurden. Irgendwann habe ich die Verbindung gemacht zu einem gemeinsamen Proletariat und der Ausbeutung von Arbeiter_innen. Ich glaube, das hat mich verstehen lassen, dass Kapitalismus das Problem ist. Meine Leute haben dabei auch eine Rolle gespielt und Interesse an alternativen Systemen wie zum Beispiel an Kommunismus, an revolutionären Kämpfen.

Gibt es Raum für Klassenkampf in der Industrie?

Klassenkampf kommt von unten, die Industrie ist oben und so auf der Seite des Feindes. Klassenkämpferischer Rap ist in meinen Augen fast automatisch untergrund. Original Hip-Hop ist für mich ein Tool von workers für workers. Ich glaube nicht, dass irgendein rich ass Mainstream-Rapper groß klassenkämpferische Musik über sein Millionenlabel droppt. Ich glaube, die Industrie wird sich nicht erinnern wollen, wer die meisten Musikgenres erfunden und geprägt hat, und sie hat auch kein Interesse daran, die Bedeutung dieser Ursprünge wieder aufleben zu lassen.

Du solidarisiert dich mit und supportest andere mehrfach-marginalisierte FLINTA-Artists. Warum bedienst du nicht den Individualismus der Industrie?

Das ist ein guter Punkt. Vor allem liegt es an der Ignoranz der Leute, die Macht haben — also Labels, Booker, andere Mainstream-Rapper_innen, die talentierte FLINTA ignorieren.

Aber es liegt definitiv auch am mangelnden Support unter Artists. Also uns hier unten ist klar, wie es funktioniert mit Klicks, mit Likes, mit Follows, mit Streams und so weiter. Wenn Menschen das wirklich wollten, könnten mehrfach-marginalisierte Menschen schon längst mehr gehört werden. Aber manchen ist dann der Down-Move zu schade und die supporten dann doch lieber den Poser-Typen mit schicken Videos, der sich Klassenbewusstsein und Betroffenheit wie ein Kostüm anzieht. Die Solidarität untereinander hat großen Einfluss darauf, wer am Ende gehört wird, wer gesehen wird. Das hängt schon zusammen, auch wenn die Unterdrückung klar von der Industrie ausgeht. Wir haben auch Mittel und könnten zusammen dagegen besser vorgehen. Die black Artists, die ich kenne, versuchen schon sich gegenseitig zu supporten. Aber was bringt es black Artists uns untereinander durchzupushen, wenn keiner das mitaufnimmt?

Was muss sich an den Räumen ändern, damit mehrfach-marginalisierte Künstler_innen die Bühnen bekommen, die sie verdienen?

Es sollte aktiv Leuten Raum gegeben werden, die bestimmte Erfahrungen vermitteln, die aus marginalisierten Perspektiven sprechen. Beispielsweise sind Männer im Rap etabliert, die sind da und die haben es auch nicht schwer. Warum solltest du, wenn du Räume hast und die Möglichkeit, diese Räume zu schmücken, weiter diese Leute supporten, die vielleicht gar nicht passen? In Dessau zum Beispiel hätten Menschen gerne Artists gesehen, die von ähnlicher Marginalisierung betroffen sind, von der auch Oury Jalloh betroffen war.

Du hast eine Line, in der du sagst, ohne wahre Liebe würde es dich nicht geben. Welche Arbeit steckt für dich hinter wahrer Liebe?

Auf jeden Fall eine Menge Arbeit. Meinen comrades und mir wird immer klarer, dass in isolierenden Zeiten wie dem Spätkapitalismus aufeinanderzugehen, Fehler einzusehen und sich zu entscheiden, weiter füreinanderdazusein, revolutionär ist. Wir brauchen uns. Gegen Individualismus vorzugehen ist Arbeit und für die Revolution zu kämpfen ist Liebe.

Außer Dystopie ist jetzt, was ist der Soundtrack für die Revolution?

Also für mich auf jeden Fall die Musik von black Femmes. Das ist in vielen Fällen Musik von unten und die bedeutet: Mut zu Gefühlen und Mut zur Veränderung. Ich habe eine Goddesses Playlist, wo 40 Stunden Musik von black Femmes drauf ist. black Femmes, die Soul-Musik machen, viel fühlen, mich zurückholen, mich dran erinnern, dass ich in diesem System ein Mensch mit Gefühlen bin und gerne ein gerechtes Leben hätte.

Dystopie ist jetzt von Nia 2161 könnt ihr online auf Spotify hören.

Mehr von Nia 2161 findet ihr auf Instagram @n.i.a.2161 und auf Twitter @Nia 2161

DER BÖSE BLICK

MORITZ
VOGT

Die Aufrüstung auf den Straßen beginnt: Der Automobilindustrie sei Dank gelangen die kühlen Blicke nun über grelle Scheinweifer direkt in die Herzen Deutschlands.

Es ist ein leidiges Thema: Autos und ihre Fahrer_innen. Sowohl die Gruppe mit einem der stärksten Lobbybackings des ganzen Landes als auch die schwächsten Glieder, die sich jeden Tag von Spritpreisen, Fahrradfahrer_innen und Klima-Klebern in ihrer Freiheit bedroht sehen. Ganz gleich, wie viele Airbags oder wie schwer das Gefährt: Man lebt in ständiger Gefahr, nie ist man sicher. Was, wenn man auf den Autobahnen eines Tages vielleicht nicht mehr die Kraft seiner Hundertschaften an teutonischen Pferden voll ausleben darf? Was, wenn das Parken in der Innenstadt bald mehr kostet, und man in die verhasste U-Bahn steigen muss? Allein die erahnbaren Bedrohungen sind mannigfaltig und allgegenwärtig. Das Auto ist die USA in der Zeit des Red-Scare: Der Boss, und doch jederzeit im Begriff kläglich unterzugehen. Diesen Stress sieht man den vierrädigen Freunden an: Ihr Blick argwöhnt von den Haltelinien der Ampeln in den Gegenverkehr, die Scheinwerfer-Augen zu Schlitzen aus LEDs verzogen, eine Grimasse der Stärke, der Härte, der Isolation. In den Herzen unserer echten Golems ist es kalt geworden. Es herrscht Krieg auf den Straßen.

Das ist natürlich Unsinn. Egal, wie sehr „wir Deutschen“ das Auto als liebstes Ding vergöttern, oder als Henker der Lebensqualität in Ballungsräumen stilisieren, sie sind keine Wesen. Ihre Kühlergrills sind keine Münder, ihre Scheinwerfer keine Augen, und es besteht keine Möglichkeit für einen – zwar durchaus ausgeklügelten – Haufen Blech, diese auch noch nach „Emotion“ zu verändern. Das Auto ist am Ende ein Ding. Rein rechnerisch energetisch ineffizient, gefährlich, durchaus auch manchmal spaßig, aber eben ein Gegenstand. Jedoch – wie es Gegenstände doch oft genug an sich haben – ein von Menschen erschaffener. Menschen, die möglicherweise ganz genau wissen, dass wir eben doch Gesichter in ihren Fronten sehen. Menschen, die diese emotionale Assoziation vielleicht ganz bewusst erzeugen möchten. War der „Böse Blick“, wie er in den 2000ern noch – teils ironisch, teils ernst, teils verächtlich – genannt wurde, ein Produkt einfacher Tuner_innen und Autonarren, die ihren Opel Corsa optisch in die Richtung der Sportwagen-Idole rücken wollten, so ist er heute die Norm. Aber warum? Warum haben diese so stadtbildprägenden Gegenstände ihr Lächeln gegen eine angriffslustige Fratze getauscht? Und was könnte man daraus kulturell folgern?

Es hilft, sich an den Anfängen dieses Designtrends zu orientieren. Denn Aggressivität in der Optik ist auch bei Personenkraftwagen im Endeffekt nichts komplett Neues. Renn- und damit auch Sportwagen waren schon immer „schnittig“, also flach, breit, spitz, um möglichst gut durch die so widerständige Luft zu schneiden, und damit die Gegner_innen im Motorsport



hinter sich zu lassen. Ob da ein (pseudo-)psychologischer Aspekt von Einschüchterung, wie bei einer Kriegsbemalung, dazukommt, darüber mag man rätseln. Eines bleibt aber so oder so: Optische Feindseligkeit kommt aus dem Wettkampf. Wer ist schneller, wer besser, wer hat's mehr drauf? Die Person mit dem krasserem Wagen. Und wenn nicht, dann sieht sie zumindest so aus, und zeigt es durch markante Linien auch allen. Dass dieses Denken irgendwann auch zu den ordinären Karren des normalverbrauchenden Ottos durchsickert, ist nur logisch, denn wer wäre in dieser Gesellschaft nicht gerne mehr, als er oder sie ist? Nur verrückt, dass es jetzt so allgegenwärtig ist. Selbst die sonst immer so sanft anmutenden Franzosen der Peugeots und Citroens, die sich jedes Vergleiches bisher vornehm enthielten, machen mit beim Maskenball. Warum, fragt man sich wieder? Den Grund haben wir noch nicht ganz erreicht.

Den Anfang im Rennsport kann man noch als beinahe unumgänglich und fast natürlich ansehen. Wirklich um sich gegriffen hat diese Krankheit der automobilen Visagen ab einem bestimmten Punkt: September 2006. Was geschah zu dieser Zeit? Audi stellte seinen neuesten – man könnte auch sagen, seinen ersten echten – Sportwagen vor: Den Audi R8. Baugleich mit dem VW-Konzernbruder Lamborghini Gallardo – einem wasschechten „Supercar“ also – war er ein Schritt für den deutschen Hersteller, seinen Namen international mit etwas anderem in Verbindung zu bringen, als etwas luxuriöser ausgestatteten Volkswagen-Modellen. In der Branche nennt man diese Praxis ein sogenanntes „Halo Car“. „Halo“ vom englischen Wort für Heiligenschein, und Heiligenschein, weil dieses „Halo Car“ ganz anders als das sonstige Firmenrepertoire ist: Luxuriöser, schneller, auffälliger, und so weiter. Audi war mit diesem Schritt an sich auch nicht der erste und nicht der letzte Hersteller. Das Design jedenfalls ist markant: Falkenartige Augen, Pupillen aus Projektorscheinwerfern, steile Brauen aus LED-Schwingen. Inspiriert ist dieses Aussehen vom drei Jahre vorher erschienenen Konzept des „Le Mans Quattro“ – die Rennstrecke lässt wieder grüßen. Der Clou des R8 ist aber nicht einfach, dass er so aussah, denn viele Sportwagen sahen und sehen so aus. Es ist der Fakt, dass Audi, ein gewissermaßen gewöhnlicher Hersteller, an diesem Modell den gesamten Rest seiner Modellpalette designtechnisch ausrichten würde. Das war bei den „Halo Cars“ früherer Zeiten meist anders, und wenn es doch so war, dann sah der Designpate nicht so grimmig aus. Das ist es, was den R8 so

besonders macht, und weshalb man ihn durchaus als Vorbote des kommenden Wettrüstens sehen kann. Bald sollten A3, A4, A6, und alle anderen kleineren Geschwister dem leuchtenden Beispiel des R8 folgen, und ebenfalls verschlagen durch die Welt linsen. Aufwertung der gesamten Flotte am großen Bruder war die Intention. Doch heute können wir sehen, dass es unbeabsichtigte Konsequenzen nach sich zog.

Und die anderen Hersteller? Die folgten brav nach. Einige langsam, einige wiederum sehr schnell. Die von Marketingabteilungen „markant“ genannten „Gesichtszüge“ erfreuten sich jedenfalls großer Beliebtheit, was in dieser Welt kein Wunder ist. Denn man sieht dieses Phänomen der Aufrüstung überall wiederholt, in der Automobilwelt und auch im Rest der Gesellschaft. In einer Zeit nach der globalen Bankenkrise – in die der offizielle Verkaufsstart des R8 fiel – wurden Menschen eben nicht durch schwere Zeiten zusammengeschweißt, wie man es als naiver junger Mensch vielleicht denken – oder zumindest hoffen – würde. Nein, der Gedanke der Konkurrenz verließ die Köpfe nicht, wenn, dann wurde er überhaupt nur verstärkt. Ein aggressiv anmutendes paar Scheinwerfer auf der Gegenfahrbahn? Da muss man dagegenhalten! Und so wurde aus dem Alleinstellungsmerkmal eines Audis allmählich Normalität.

Vergleichbar ist das mit den so unpassend genannten „Sports Utility Vehicles“ (kurz: SUVs) genannten Autobahnbomben, die weder besonders sportlich oder praktisch, dafür doppelt so viel Vehikel wie nötig sind. Anfangs zog vielleicht das Argument „mehr Unfallsicherheit“ – aber das war schon immer eine Sicherheit auf Kosten anderer, kleinerer Verkehrsteilnehmer. Jetzt, wo ein großer Teil Gerätschaften mit einem Leergewicht von zwei Tonnen und mehr über den Asphalt bewegt, ist auch dieser Vorteil passé. Die Kosten tragen dann alle anderen. Die Fußgänger_innen und Radfahrer_innen werden bei Unfällen noch schwerer verletzt, und auch Straßen werden aufgrund der hohen Achslast noch mehr in Mitleidenschaft gezogen. Die schlechtere Rundumsicht aus den Schießscharten ähnlichen Fenstern führt zu noch mehr Unfällen, höhere Motorisierung aufgrund des metallenen Übergewichts sorgt für zu schnelles Fahren und die hohe Sitzposition zu Überschätzung der eigenen Fähigkeiten. Und zu allem Überfluss wird dabei noch mehr Sprit verfahren, noch mehr Gummi verbraucht, werden noch mehr Bremsen abgefahren, und noch mehr Metall geschmolzen. Währenddessen schauen alle auch noch um einiges finsterner drein. Kurzum: Die typischen Kollateralschäden einer Aufrüstung. Denn, nicht vergessen: Wir befinden uns im Krieg.

Was also tun? An der Aufrüstung teilnehmen, wie es unsere so blutlüsterne Gesellschaft nahelegt? Sollen wir uns Herzenskälte und Isolation hinter Sicherheitsverglasung im meterhohen SUV-Turm hingeben? Zu ebenso aggressiven Mitteln greifen, und als Tarnbomb-Radler_innen zum Gegenangriff übergehen? Nein. Wie bei jeder eskalierenden Gewaltspirale hilft nur Besinnung und strenge Enthaltung. Fahrt Renault Twingo und strahlt durch grinsende Kulleraugen-Scheinwerfer radikale Freude aus. Lasst die Fenster herunter und spielt Gute-Laune-Musik, lächelt den entnervten Drängler_innen auf der Autobahn durch den Rückspiegel an und lasst euch nicht hetzen, fährt unter dem Tempolimit. Lasst euch nicht den Tag verderben, nur weil andere in stumpfsinniges Starren verfallen sind, bewahrt einen kühlen Kopf. Oder: Entzieht euch dem automobilen Wahnsinn. Fahrt Rad, steigt in die Bahn oder läuft ganz einfach. Sicherlich einfacher in der Stadt als auf dem Land, aber irgendwo muss man anfangen. Frei nach dem Spruch: Stell dir vor, es ist Straßenkrieg, und keiner fährt hin. Wäre das nicht schön?

ПРАВДА

И

RefRat

Der Referent_innenrat (RefRat) vertritt die Student_innenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und erledigt deren laufende Geschäfte. Er ist an die Beschlüsse des Student_innenparlaments (StuPa) gebunden. Der RefRat gliedert sich nach Arbeitsgebieten in sechzehn Referate, darunter das Referat für Publikation, welches für die Veröffentlichung der *HUch* zuständig ist.

35

Die Bezeichnung „Referent_innenrat“ gibt es nur an der HU. An den anderen Berliner Hochschulen ist gesetzlich die Bezeichnung „Allgemeiner Student_innenausschuss“ (AStA) vorgeschrieben, weshalb der offizielle Name des RefRat auch den Zusatz „gesetzlich AStA“ trägt. Trotzdem gibt es signifikante Unterschiede zu einem AStA, da die Referate des RefRats einzeln gewählt werden und nicht durch eine „Koalitionsregierung“. Das heißt, dass nach StuPa-Wahlen kein neuer RefRat konstituiert wird wie an Hochschulen mit einem AStA.

Diese Besonderheit des RefRats ist mit dessen Entstehung nach der Wende zu erklären. Ursprünglich hatten die Student_innen im Jahr 1989 ihre Interessenvertretung in einem Student_innenrat (StuRa) neu organisiert, so wie es auch andere ostdeutsche Hochschulen taten (und noch tun). Jedoch wurde auch der HU das (westdeutsche) Berliner Hochschulgesetz übergestülpt. Die studentischen Vertreter_innen konnten zwar nicht das StuRa-Modell durchsetzen, jedoch den klassischen AStA verhindern. Eine Art Kompromiss bildet der RefRat, wobei jedoch die 1993 beschlossene Satzung der Student_innenschaft erst 2002 von der Senatsverwaltung bestätigt wurde.

Weitere Informationen zu den einzelnen Referaten findet ihr online: www.refrat.de/referat.html

SSBS Studentisches Sozialberatungssystem

Das Studentische Sozialberatungssystem des Referent_innenrats bietet Beratungen zu den folgenden Themen an:

- Allgemeine Rechtsberatung
- Allgemeine Sozialberatung
- Antidiskriminierungsberatung
- BAföG- und Studienfinanzierungsberatung
- Sozial- und Arbeitsrechtliche Anfangsberatung
- Behinderung bzw. chronische Erkrankung – Enthinderungsberatung
- Internationale Studierende
- Studierende mit Kind(ern)
- Überforderung
- Beratung zu Lehre und Studium
- Hochschul- und Prüfungsrecht
- Studentische Studienfachberatungen
- Beratung bei sexistischen Belästigungen und Übergriffen
- Transberatung

Wenn ihr nicht wisst, welche Beratung passen könnte, kommt einfach erst einmal in die Allgemeine Sozialberatung!

Für weitere Informationen:
www.refrat.de/beratung

ИЗВЕСТИЯ

Semtix

Das Semesterticketbüro unterstützt Studierende, die aufgrund der Semesterticketgebühr in finanzielle Engpässe geraten. Mit ausführlichen Informationen und einer Rechtsberatung steht das Semesterticketbüro zur Seite und berät Studierende, die einen Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket stellen möchten. Im Falle eines positiven Bescheids kann entweder ein Teil oder der gesamte Betrag der Semesterticketgebühren erstattet werden.

Weitere Informationen unter:
www.refrat.de/semnix

Service

Der RefRat bietet verschiedene Services für Studierende an, darunter die Möglichkeit, Anträge auf finanzielle Unterstützung (beispielsweise für Veranstaltungen oder Publikationsprojekte) zu stellen, oder Technik auszuleihen.

Weitere Informationen unter:
www.refrat.de/service.html

Kinderbetreuung

Der Kinderladen „die Humbolde“ ist eine zusätzliche Kinderbetreuungsmöglichkeit für die Kinder von Studierenden am HU-Standort Mitte. Der Kinderladen versteht sich als zusätzliche Betreuungsmöglichkeit zu den städtischen Kitas. Wir betreuen bis zu 25 Kinder im Alter von 1 Jahr bis Vorschule.

Die Humbolde wurde 1995 auf Initiative studierender Eltern eingerichtet, um den Besuch von Lehrveranstaltungen, Sprachkursen etc. auch außerhalb der üblichen Kitaöffnungszeiten zu ermöglichen. Damit erklären sich die für eine Kinderbetreuungseinrichtung unüblichen Öffnungszeiten.

Bewerbungen für einen Kinderbetreuungsplatz erfolgen per Email, es gibt eine Warteliste.

Weitere Informationen unter:
www.refrat.de/kinderbetreuung.html

JACOBIN



» lest, hört und macht:

www.spektakel.org

- 1 Kunst
- 2 Spektakel
- 3 Revolution

FORUMRECHT

4 Mal im Jahr • Recht • Kritik • Politik



Dem konservativ geprägten herrschenden Diskurs im juristischen Bereich setzen wir ein Zeitschriftenprojekt entgegen, in dem kritische Stimmen und Positionen zu Wort kommen, die in der gängigen rechtspolitischen Diskussion zu kurz kommen.

Probeabo

3 Ausgaben für nur 7,50€ ohne automatische Verlängerung

www.forum-recht-online.de

Twitter @ForumRecht

37

re:volt magazine

revoltmag.org

das linke
und antikapitalistische
politik-analyse-bewegungs-magazin

**LESEN, WAS ANDERE
NICHT WISSEN WOLLEN**

konkret



Straßen aus Zucker

KARIES FÜR
DAS KAPITAL
DIE ANTIATIONALE BRAVO
KOSTENLOS BESTELLBAR
ÜBERALL HIN LIEFERBAR
LEICHT VERSTÄNDLICH

h umboldt
u niversität
u ndogmatische
l inke
s tudierende

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

www.akweb.de



Obersatz. Definition. Subsumtion. Ergebnis.
War's das?

Nein — es folgt der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen!
Wir halten das Jurastudium für unzureichend, veraltet und autoritär. Deshalb wollen wir Perspektiven bieten, die sowohl über die juristische Ausbildung als auch über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen. In einer krisenhaften Gesellschaft verstehen wir unser Studium als Mittel, das Marginalisierten zu ihrem Recht zu verhelfen kann. Unsere studentische Gruppe ist offen für jeden, beschäftigt sich mit rechtspolitischen Themen, organisiert Veranstaltungen und Gruppenpraktika bei engagierten Anwältinnen, beobachtet Demonstrationen und tritt für mehr Solidarität im Juraalltag ein.



akj.rewi.hu-berlin.de



DIE NEUE DISKUS. 1.22 · »ARCHIV«
diskus.copyriot.com



monatliches get-together
von und für
trans*, inter* und
nicht-binäre personen
an berliner hochschulen

Unitin* entstand im Wintersemester 2020/21, mitten in der Covid-19 Pandemie. In der Zeit des Homestudying & -office wollen wir für trans*, inter* & nicht-binäre Personen an Berliner Hochschulen einen Raum schaffen, in dem wir uns austauschen und gemeinsam diese Zeit des "Social Distancing" überstehen können. Außerdem sind wir immer wieder in der Hochschulpolitik aktiv, um die Situation von TIN*Personen zu verbessern. Ein paar Studierende haben diese Gruppe gegründet. Der Space soll aber nicht nur für Studierende sein. Falls du Lust hast, zu einem Treffen zu kommen, dir aber nicht sicher bist, ob Unitin* etwas für dich ist, zögere bitte nicht, uns zu schreiben

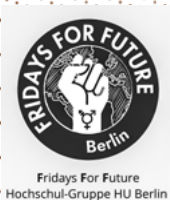


Wir freuen uns jederzeit über neue Gesichter!

unitin-berlin.mailchimpsites.com

sowieso-journal.de

Erste Ausgabe diesen Sommer!



★ *la:iz*

Für eine konsequente Kritik & wider
den reaktionären Schwachsinn.

Studentische Zeitschrift
an der Universität Hamburg.



nc-uhh.de [@nc_uhh](https://www.instagram.com/nc_uhh) new.critique@osta.uni-hamburg.de

IMPRESSUM

HUch #96

Juni 2023, Berlin

Auflage

2.000 Exemplare

PDF zum Download über: www.refrat.de/huch

Herausgeber_in

Elio Nora Hillermann

für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion

Tea Medar Collot

Elio Nora Hillermann

Ronja Arndt

Kofi Shakur

(V.i.S.d.P.)

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter Creative Commons License.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Anschrift

HUch – Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de

www.refrat.de/huch

Abbildung Umschlag

Regenbogen-Graffiti in Friedrichshain, 2013

© Dr. Who

Umbruch-Bildarchiv

www.umbruch-bildarchiv.org

Illustrationen Innenteil

© Friedland

Instagram: [@friedland](https://www.instagram.com/friedland)

Abbildung Poster

Busblockade, Januar 1987

© Spontanzusammenschluss

www.archiv-behindertenbewegung.org

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin

www.schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH

www.hinkelstein-druck.de

DIE HUCH ABONNIEREN

Die *HUch* könnt ihr ganz einfach abonnieren, indem ihr uns eine Email mit dem Betreff ‚Abowunsch‘ sowie der von euch gewünschten Postanschrift schickt.

Ihr bekommt dann jede neue *HUch* kostenfrei zugesendet.

huch@refrat.hu-berlin.de

MITARBEIT BEI DER HUCH

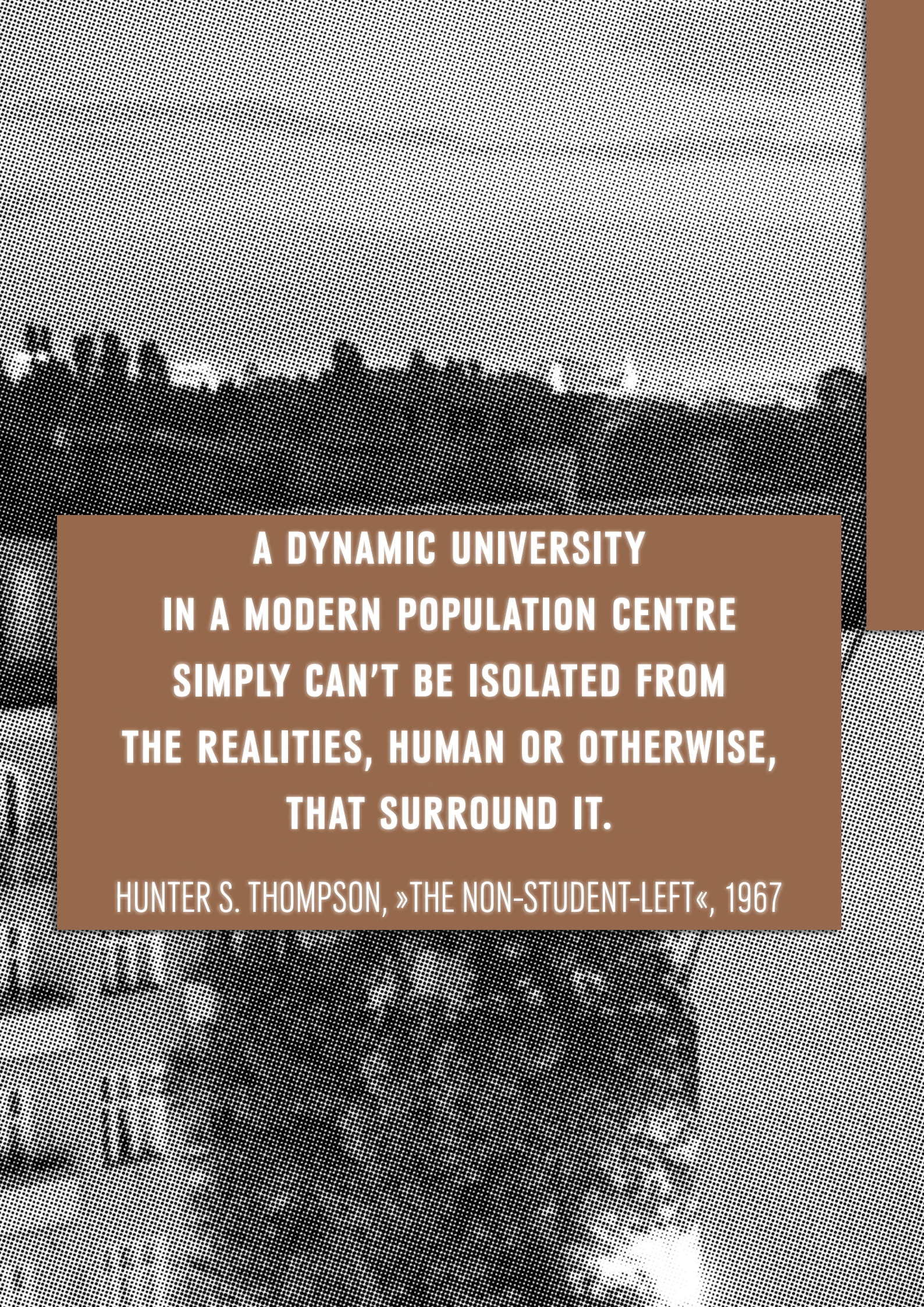
Als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung versucht die *HUch* einen Raum zu schaffen, in dem selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Fragen gearbeitet werden kann. Außerdem soll sie ein Ort sein, an dem Student_innen journalistische Erfahrung sammeln und sich im Verfassen von Texten sowie in redaktionellen Tätigkeiten ohne professionellen Leistungsdruck üben können.

Wenn ihr Interesse daran habt, einen Text oder auch Bilder in der *HUch* zu veröffentlichen, meldet euch gerne bei uns! Die *HUch* erscheint im Print zweimal im Jahr und wir veröffentlichen normalerweise im Vorhinein einen Call for Papers, in dem auch der Themenschwerpunkt bekannt gegeben wird. Artikel können aber auch unabhängig davon vorgeschlagen oder eingereicht werden, wir sprechen dann gerne individuell mögliche Formate für die Veröffentlichung mit euch ab. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit in der Redaktion habt, könnt ihr uns das gerne auch wissen lassen. Allerdings ist zur Zeit wegen des Arbeitsaufwands der Einarbeitung unser Vorgehen so, dass wir alle Personen vor Aufnahme in die Redaktion darum bitten, zunächst einen Artikel bei uns einzureichen. So lernen wir uns erst einmal kennen und können dann weitere Schritte der Zusammenarbeit besprechen. Für Artikel, Textideen, Bilder oder sonstige Fragen rund ums Thema Mitarbeit, schreibt uns gerne eine Email oder kontaktiert uns über Social Media.

Twitter @huchzeitschrift

Instagram @huchzeitschrift

Facebook HUch kritische Studierendenzeitschrift



**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967